Nr. 21 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Mittwoch, den 26. Januar 1927

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44 Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg im Reklameteile d. Millimeter — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44 Fernruf 24 605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27 — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Der Bürgerblock vor der Vollendung.

Für Herrn Marx fängt die Republik an „problematisch" zu werden. / Das Schicksal dreier „demokratischer" Minister.

Das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen.

Berlin, 26. Januar. (WTB.)

Die gestrigen Verhandlungen Dr. Marx' mit den deutschnationalen Unterhändlern über die Richtlinien des neuen Kabinetts haben den Blättern zufolge bis auf drei Restpunkte zu einer Einigung geführt. Die noch unerledigten Punkte sollen Fragen der Formulierung der außenpolitischen und Verfassungsprobleme (!) betreffen. Aber auch in diesen Punkten dürfte bis heute mittag eine Einigung erzielt worden sein, so daß die sachliche Seite der Verhandlungen über die Regierungsbildung dann beendet sein dürfte. Zu der dann zur Erörterung stehenden Personenfrage bemerkt die „Deutsche Tageszeitung", daß die Deutschnationalen nach Stärke ihrer Fraktion einen Anspruch nicht auf drei, sondern auf vier Ministerposten habe. Es sei zu erwarten, daß die Deutschnationalen ihre Ansprüche energisch vertreten werden, um nicht in entscheidenden Fragen an Einfluß zu verlieren.

*

Daß die Verfassung für das Zentrum unter dem Einfluß des Verhandelns mit den Deutschnationalen zu einem Problem wird, gehört ganz gewiß zu den charakteristischsten Merkmalen des nahenden Bürgerblock-Kabinetts.

Bereits morgen Regierungserklärung?

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Falls der „Kuhhandel" über die Neubildung der Regierung im Laufe des heutigen Vormittags noch zu einem endgültigen Abschluß gelangen sollte, beabsichtigt die Deutsche Volkspartei, wie der „Lokalanzeiger" meldet, in der heutigen Sitzung des Aeltestenrats die Entgegennahme einer Regierungserklärung durch den Reichstag für Donnerstag beantragen zu lassen. Die Abstimmung über das Vertrauensvotum soll in diesem Falle erst nach den Thüringer Wahlen erfolgen. (!)

Der „Vorwärts" schreibt heute zu dem Bürgerblockprogramm unter dem Titel „Feilschen um Worte" u. a. folgendes: „Wir legen weder den „Richtlinien" noch dem „Regierungsprogramm" übertriebene Bedeutung bei. Mag darin stehen was will, die Deutschnationalen bleiben wie sie sind und der Besitzbürgerblock bleibt wer er ist. Worte können an seinem Charakter nichts ändern, und ebensowenig könnte sich an ihm etwas ändern, wenn der Demokrat Reinhold, wie behauptet wird, Lust verspüren sollte, auch in der neuen Regierung den Finanzminister zu spielen.

Nach dem Bürgerblock kommt die Abrechnung, kommen die nächsten Wahlen. Darum Vorhang auf! Laßt die Komödie beginnen."

Reinhold deutschnationaler Vertrauensmann?

Külz will Sachsen beglücken.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Was die Demokraten machen, steht bisher nicht endgültig fest. Das „Berliner Tageblatt" erwartet, daß die Demokraten keine Vertreter in das Kabinett des Besitzbürgerblocks entsenden. Immerhin besteht aber leider die Befürchtung, daß Dr. Reinhold für seine Person bereit ist, das bisherige Amt auch in der neuen Regierung zu behalten. Das Blatt polemisiert gleichzeitig gegen eine derartige Absicht. Es ist nicht unbekannt, daß Reinhold allen Ernstes daran denkt, in seinem bisherigen Amt zu verbleiben.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten" melden, daß Dr. Külz dem neuen Reichskabinett nicht mehr angehören werde und daß er das Amt des sächsischen Innenministers übernehmen soll. Der jetzige sächsische Innenminister Dr. Dehne habe diesen Posten nur provisorisch übernommen. Die Meldung dürfte nach unseren Informationen zutreffen.

*

Da können die Sachsen lachen, wenn sie ihren Külz wiederbekommen. Den Mann von „Schmatz und Schund" und den Ordenritter Georg.

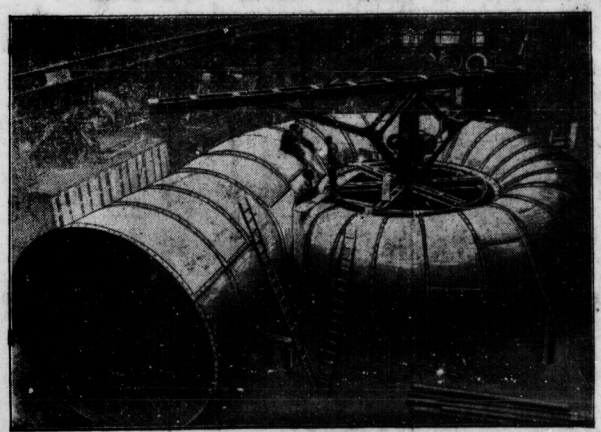
Geßler will der Demokratischen Partei Valet sagen.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

In einem Teil der Berliner Presse wird heute das Gerücht wiedergegeben, daß der Reichswehrminister Dr. Geßler aus der Demokratischen Partei auszutreten beabsichtigt und dem Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion von diesem Entschluß in einem eingehenden Brief Kenntnis zu geben gedenkt. Geßler scheint also langsam selbst einzusehen, daß seine Mitgliedschaft in der Demokratischen Partei ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist. Er selbst mag noch so sehr betonen, daß er nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Weltanschauung stehe, aber was Geßler betont, ist nicht maßgebend, sondern ausschlaggebend ist zur Beurteilung seines Verhaltens und seiner Gesinnung seine bisherige Handlungsweise, und die widerspricht jeder demokratischen Grundanschauung.

Von verschiedenen demokratischen Parteiorganisationen im Lande sind in den letzten Tagen an den Vorstand der Demokratischen Partei Ausschlußanträge gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler gerichtet worden.

Eine 40 000 PS.-Turbine.



In der Maschinenfabrik von J. M. Voith in Heidenheim (Württemberg) sind sechs Spiralturbinen im Bau, die für das Shannon-Kraftwerk bei Limerick in Irland bestimmt sind. Unsere Aufnahme zeigt das Spiralgehäuse einer Turbine von rund 40 000 PS. Das Gehäuse mißt in der Diagonale 19 m und hat einen Einlauf-Durchmesser von 5,4 m. Die Turbine übertrifft mit einer Leistung von 40 000 PS. die größten amerikanischen Spiralturbinen am Niagara-Fall.

Opposition!

Die Sozialdemokratie geht in die Opposition. Eine scharfe Grenzlinie scheidet den Bürgerblock von der großen Partei der Arbeiterschaft. Der Bürgerblock kommt, der Kampf beginnt.

Jawohl, wir gehen in die Opposition! Die Sozialdemokratie ist in eine scharfe Kampfstellung gedrängt worden. Sie ist mit voller Absicht von der Regierung ausgeschlossen. Es war die Absicht der Väter des Bürgerblocks, eine Regierung gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Die selbstverständliche Antwort besteht darin, daß die Sozialdemokratie einen scharfen und stetigen Kampf gegen diese Regierung führen wird, mit dem Ziel, sie zu stürzen. Stürzt diese Regierung, dann wird die Frage sein, daß die Entscheidung über ihre Nachfolgerin aus der Sphäre der Fraktionsvorstände und des Reichskanzlerpalais herausverlegt wird ins Volk. Es gibt nach den Vorgängen dieser Krisis keine andere Lösung. Der Sturz des Bürgerblocks unter der Führung von Marx, das ist die Neuwahl des Reichstags. Am Ende der Herrlichkeit des Bürgerblocks steht der Tag der Abrechnung.

Die Opposition der Sozialdemokratie zielt auf diesen Tag der Abrechnung. Sie wird zugleich bemüht sein, die gegen die Arbeiterschaft gerichtete Gesetzgebung des Bürgerblocks zu modifizieren. Dem Handeln des Bürgerblocks sind Grenzen gezogen durch die Empörung der Opposition, die durch die Stimme in der eigenen Brust vor dem Volke zu weitgehender Brüskierung der parlamentarischen Opposition warnt. Es wird das andere Ziel unserer Opposition sein, dafür zu sorgen, daß die Bäume des Bürgerblocks nicht in den Himmel wachsen.

Das eine wie das andere kennzeichnet den offenen, scharfen Machtkampf, den die Entscheidung für den Bürgerblock heraufbeschworen hat. Zwei große politische Willensrichtungen — zwei Fronten. Zwei Fronten, die nicht nur durch Nuancen des politischen Willens getrennt sind, sondern durch große grundsätzliche Unterschiede und dazu durch die gerechte Empörung, die die offene Kampfansage an die Arbeiterschaft und ihre politische Vertretung in unserem Lager hervorgerufen haben. Sozialdemokratische Opposition, das ist nicht jene laue, wohltemperierte Haltung, von der die Schwärmer des Kompromisses um jeden Preis träumen, jene Haltung, die in Regierungsblock und Opposition lediglich zwei im Grunde gleiche Parteien eines Gesellschaftsspieles erblickt, die ihren Platz verwechseln können, ohne daß sich im Fundament etwas ändert. Das Wollen der sozialdemokratischen Opposition gegen den Bürgerblock und das Wollen des Bürgerblocks sind im Fundament nicht gleich, sondern entgegengesetzt.

Das Wollen der sozialdemokratischen Opposition ist getragen von der Idee der Emanzipation der Arbeiterklasse von Armut nach Gleichberechtigung und Aufstieg. Das Wollen des Bürgerblocks ist erfüllt von dem konservativen Geist, der der Arbeiterschaft auf ewig die Rolle der zweitklassigen Staatsbürger zuweisen will, die Rolle derer, die nicht selbst bestimmen können über ihr Geschick, sondern andere über sich bestimmen lassen müssen. Es war der Brief des Reichspräsidenten, der mit der größten Schärfe diesen Unterschied des Wollens festgestellt hat.

Unsere Opposition gilt daher dem konservativen Geiste der krassen Ueberheblichkeit und des krassen Vorurteils, mit dem kein Kompromiß möglich ist. Diesen Geist endgültig zurückzuschlagen, ihn endgültig zu zerstören, das ist es, was wir in den kommenden stürmischen Tagen anstreben werden. Die, die im bürgerlichen Lager stehen und heute noch glauben wollen, daß man eine provokatorische Klassenfront im Parlament aufrichten könne, ohne auf entschiedensten Widerstand zu stoßen, die es nicht verstehen wollen, daß Kompromiß und Ausgleich der Gegensätze nicht allein das Wesen des Parlamentarismus ausmachen, sondern zugleich der Kampf mit dem harten Wollen zum Unbedingten, mögen sich erinnern, daß in dem klassischen Lande des Parlamentarismus, in England, auf dessen Geschichte sie ständig zurückzugreifen lieben, immer dann, wenn die Not der Zeit und die Hochspannung der sozialen Gegensätze zur Entscheidung drängte, die Methode des Ausgleichs versagte, bis das Alte, Verstockte, Reaktionäre im Feuerrausch der neuen Ideen verbrannte: in Deutschland ist in einem Zeitpunkt, an dem die sozialen Spannungen in außerordentlicher Notzeit einen Höhepunkt erreicht haben, vom Zentrum eine Entscheidung getroffen worden, die für die Dauer der Existenz des Bürgerblocks an die Stelle des Ausgleichs den stürmisch bewegten Kampf der Parteien und Klassen setzt. Die Sozialdemokratie geht in Opposition, das ist das parlamentarische Ergebnis. Der Kampf beginnt. Er wird mit dem Sturze des Bürgerblocks enden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270126-11/fragment/page=0001

Ein Prozeß des preußischen Ministerpräsidenten.

Die 100 000-Mark-Villa Otto Brauns.

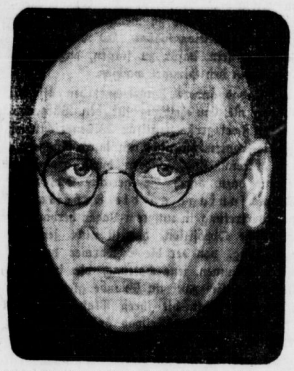
Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Am Montag, dem 24. Januar, fand beim Amtsgericht Lichterfelde vor dem erweiterten Schöffengericht der Beleidigungsprozeß des preußischen Ministerpräsidenten Braun gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tilsiter Zeitung" Wirth und gegen den Herausgeber der in Berlin erscheinenden „Deutschen Beiträge" Siebert statt. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Fäußner, die Anklage wurde durch den Ersten Staatsanwalt Keßler vertreten. Die Anklage stützt sich auf einen Artikel in Nr. 298 der „Tilsiter Zeitung" vom 18. Dezember 1925, der mehrere gegen den Ministerpräsidenten gerichtete beleidigende Aeußerungen enthielt, ferner auf einen späteren Artikel des gleichen Blattes „Ein Rückzug des preußischen Ministerpräsidenten", sowie auf Ausführungen der „Deutschen Beiträge", die von der „Tilsiter Zeitung" übernommen und verarbeitet wurden. In den Artikeln wurde die unwahre Behauptung ausgesprochen und wiederholt, Ministerpräsident Braun habe der Bauernschaft „Faulenzerei" vorgeworfen, er lasse sich in der vornehmsten Villengegend Berlins eine Villa bauen, deren Kosten gegen 100 000 Mark betrügen usw. Die Anklage stützte sich auf Vergehen gegen §§ 185, 186, 200, 47, 73, 74 StGB. und § 20 des Reichspressegesetzes.

In der Verhandlung versuchten die Angeklagten, nur hinsichtlich eines Punktes nämlich des Villenbaues, Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen; nachdem dieser Versuch mißlungen war, erklärte der Angeklagte Wirth sich bereit, in einer Ehrenerklärung die beleidigenden Ausdrücke zurückzunehmen. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt die Angeklagten für überführt, sich der Vergehen der Beleidigung und der üblen Nachrede schuldig gemacht zu haben. Hierfür spreche Fassung und Tendenz der Artikel, die zeigten, daß es den Angeklagten weniger auf eine sachliche Aussprache als auf eine hämische und herabsetzende Kritik angekommen sei. Hierfür spreche auch die Wiederholung der einmal erhobenen Beleidigungen. Der preußische Ministerpräsident müsse als höchster Beamter in seiner Ehre besonders geschützt werden; von politisch Andersdenkenden sei ihm die gleiche Achtung entgegenzubringen wie einem Ministerpräsidenten des alten Systems. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigungen hielt der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe für angebracht, um so mehr, als der Angeklagte Wirth wegen ähnlicher Vergehen durch die Presse bereits dreimal vorbestraft war. Er beantragte demgemäß gegen Wirth acht Monate Gefängnis, gegen Siebert fünf Monate Gefängnis, Publikation des Urteils und die üblichen Nebenstrafen.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil dahin verkündet, daß der Angeklagte Wirth wegen Beleidigung in vier Fällen an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu 3000 Mark Geldstrafe und der bisher nicht vorbestrafte Angeklagte Siebert wegen Beleidigung in zwei Fällen zu je 100 Mark, insgesamt 200 Mark, Geldstrafe verurteilt werde. In zwei Fällen erfolgte die Freisprechung des Angeklagten Siebert, weil in diesen seine preßrechtliche Verantwortung nicht nachweisbar erscheine. Dem beleidigten Ministerpräsidenten wurde die Befugnis zugesprochen, das Urteil je einmal in der „Tilsiter Zeitung", im „Vorwärts", in der „Morgenpost" und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu veröffentlichen. Außerdem wurde auf Tragung der Kosten und Unbrauchbarmachung der Platten usw. erkannt.

Ministerpräsident Otto Braun 55 Jahre alt.



Der preußische Ministerpräsident Otto Braun feiert am 28. Januar seinen 55. Geburtstag

Erleichterung der Ehescheidung.

Sozialdemokratische und demokratische Anträge. Interessante Ausführungen des Abg. Prof. Kahl.

Die Frage der Erleichterung der Ehescheidung beschäftigte am Dienstag den Rechtsausschuß des Reichstags. Nach dem geltenden Recht sind bekanntlich Ehescheidungsgründe nur Ehebruch, böswilliges Verlassen oder Geisteskrankheit. Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten wollen das Recht auf Scheidungsklage auch dann gewähren, wenn eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses besteht, daß einem oder beiden Gatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Ein kommunistischer Antrag will die Ehescheidung auch durch Uebereinkommen beider Ehegatten oder auf Antrag eines der Ehegatten zulassen. In allen drei Anträgen sind Bestimmungen vorgesehen, die den wirtschaftlich schwächeren Teil der Ehegatten gegen materielle Schädigungen durch die Scheidung sichern sollen.

Die Aussprache wurde eingeleitet durch eine Rede des Ausschußvorsitzenden Dr. Kahl (D. Vp.), der nur für seine Person sprach. Kahl erklärte, daß die objektive Zerrüttung der Ehe, unabhängig von Verschulden des einen oder des anderen Ehegatten, unter die gesetzlichen Ehescheidungsgründe aufgenommen werden müsse. Augenblicklich klaffe in der Ehescheidungsfrage eine Lücke zwischen Leben und Recht. Eine Aenderung müsse eintreten; zweifelhaft sei nur das Wie. Wie ist zu helfen? Der kommunistische Antrag, die Scheidung in beiderseitigem Einverständnis zuzulassen, ist unmöglich. Der sozialdemokratische Antrag will den Ehebruch als Hindernis für die zweite Ehe gestrichen wissen. Darüber läßt sich reden. Man kann sich sogar auf Luther berufen, der sagte, daß die Beseitigung dieses Ehehindernisses dazu beitragen könnte, um unsittliche Verhältnisse in sittliche umzugestalten. Weiter will der sozialdemokratische Antrag beim Ehescheidungsgrund für Geisteskrankheit die Wartefrist von drei Jahren auf ein Jahr verringern. Der demokratische und sozialdemokratische Antrag, die die verschuldete Zerrüttung als selbständigen Grund aufheben und die Schuld nur auf Antrag im Urteil feststellt wissen wollen, bieten keine Garantien gegen den Mißbrauch des erweiterten Scheidungsgrundes. In der Regel darf nur bei Verschuldung geschieden werden, die objektive Ehezerrüttung kann nur die Ausnahme als Scheidungsgrund bilden. Dem § 1568 wäre deshalb ein Absatz 2 anzufügen, in dem gesagt wird, daß auch dann auf Scheidung geklagt werden kann, wenn ohne nachweisbares Verschulden des einen oder anderen Eheteils eine derartige Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine dem Sinne der Ehe entsprechende Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft nicht erwartet werden kann und wenn außerdem die Ehegatten bereits mindestens ein Jahr vor Erhebung der Ehescheidungsklage getrennt gelebt haben.

Abg. Brodauf (Dem.) stimmte den Ausführungen Dr. Kahls im allgemeinen zu. Abg. Frau Weber (Ztr.) wandte sich gegen die Anregungen Kahls sowie gegen die vorliegenden Anträge. Abg. Frau Sperber (Dn.) schloß sich als Protestantin im wesentlichen den Ausführungen von Frau Weber an. Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) betonte, daß der Staat auch ein gewisses öffentliches Interesse an der Aufhebung zerrütteter Ehen habe. Abg. Frau Dr. Stegmann (Soz.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein und bat Dr. Kahl, seine Anregungen zu formulieren. Der Rechtsausschuß vertagte sich dann auf Freitag.

Ferngasversorgung.

Die Ansichten des Sachverständigenausschusses des Reichskohlenrats. / Mitbesitz der Gemeinden wird abgelehnt. / Die Mark kein Zahlungsmittel für Ferngas.

Am Dienstagnachmittag fand unter stärkster Beteiligung der Interessenten aus dem ganzen Reiche im „Ingenieurhaus" in Berlin die diesjährige Vollversammlung des Sachverständigenausschusses des Reichskohlenrats für Brennstoffverwertung statt. Diplomingenieur zur Nedden gab den Geschäftsbericht, in dem er besonders auf die Rationalisierung in der Kohlenwirtschaft (Wandlung der Kohle vom Brennstoff zum Rohstoff) hinwies. Anschließend berichtete dann Geheimrat Prof. Dr. Franz Fischer vom Kohlenforschungsinstitut in Mülheim-Ruhr über die internationale Kohlentagung in Pittsburg. Er stellte fest, daß die Amerikaner heute aus der Tatsache der Ueberlegenheit der europäischen Wirtschaft auf dem Gebiete der Kohlenchemie den notwendigen Schluß gezogen haben und daran gegangen sind, ein großes Kohlenforschungsinstitut zu gründen. Die Pittsburger Tagung hat eindringlich vor Augen geführt, daß bei der neueren Entwicklung von vielerlei gekupelten Verfahren in der Kohlenwirtschaft die engste Verbindung des Kaufmanns mit dem wissenschaftlichen Ingenieur und Chemiker sogar noch wichtiger ist als das Kapital.

Von größtem Interesse für die Versammlung war natürlich der angekündigte Vortrag des Generaldirektors Dr. ing. Pott von der AG. für Kohlenverwertung Essen über die Frage der Gasfernversorgung. Leider brachte sein Vortrag nicht das, was man allgemein wohl erwartete. Der Vertreter der AG. für Kohlenverwertung trug vieles vor, das in seiner allgemeinen Form bekannt ist. Wo es zweckmäßig war, näher in die Materie einzudringen, hielt er mit den Einzelheiten zurück. Wichtig dürfte auch für die künftige Entwicklung folgendes sein: Jeder der Anwesenden wird wohl aus den Darlegungen Potts die Empfindung gewonnen haben, daß das rheinisch-westfälische Kohlenunternehmertum auf jeden Fall gewillt ist, seine Ferngaspläne durchzusetzen, wobei es sicherlich nicht mit Unrecht auf die Hilfe der Reichsregierung spekuliert.

Eine andere Frage ist die Einbeziehung der Braunkohle. In der Diskussion nahmen am Dienstag zwei Vertreter der Braunkohle, Dr. Bube vom Ferngasversorgungsausschuß des Braunkohlen-Industriellen-Vereins und Dr. Seidenschnur vom Institut für Braunkohlenforschung das Wort und meldeten die Ansprüche der Braunkohlenindustriellen hinsichtlich der Gasversorgung an. Dr. Pott machte auch hier die Zusage, daß die AG. für Kohlenverwertung absolut nicht andere Kohlenbergbaureviere auszuschalten oder beeinträchtigen wolle. Er verwies dabei auf das geplante Ringsystem (Ferngasnetz in seinen einzelnen Leitungen: Ruhr—Berlin, Ruhr—Küste, Ruhr—Kassel, Leipzig—Berlin, Leipzig—Kassel, Schlesien—Berlin, Schlesien—Sachsen, Mitteldeutschland—München, Köln—Mannheim—Stuttgart), ohne auch hier nähere Angaben zu machen. Bekanntlich liegt die Frage einer Beteiligung der Braunkohle nach Auffassung der Ruhrleute nicht so einfach, wie man sich das in den Braunkohlenrevieren denkt. Es wird besonders betont, daß der Ruhrbergbau bei einer Erzeugung von 12 Milliarden Kubikmeter Gas 6 Milliarden Kubikmeter greifbar hat, während die Braunkohle eventuell nur rund eine Milliarde Kubikmeter Gas liefern könnte, die aber noch erzeugt werden müssen.

Soweit Generaldirektor Pott auf das Verhältnis der Gemeinden des Staates usw. zur Gasfernversorgung einging, ist folgendes wichtig: Ein Mitbesitz der Gemeinden an den Ferngaserzeugungsstätten (Kokereien) wird abgelehnt. (!!) Er begründete die Ablehnung rein finanztechnisch damit, daß die Kokereien mit ihren Berg- und Hüttenwerken eine unzertrennbare Besitzeinheit bildeten. Dagegen betonte er, daß sich über einen gemischtwirtschaftlichen Leitungsbesitz und Bau und Betrieb der Leitung durch die AG. für Kohlenverwertung reden lasse. Gewissermaßen als Ausgleich für diese „Konzession" fordert man eine Regelung des Wegerechts. Es ist dies ein Punkt, der zu sehr schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen führen dürfte. Als öffentliche Aufsicht genügt nach Potts Auffassung die gesetzliche Befugnis des aus Verbrauchern, Erzeugern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Vertretern der Städte, Landkreise und Länder zusammengesetzten Reichskohlenrats, Koks- und Kohlenhöchstpreise festzusetzen. Die Begründung Potts für diese Auffassung geht dahin, daß die AG. für Kohlenverwertung das Gas ab Zeche nicht in Mark bezahlt haben will, sondern der Gaspreis von dem Preis der marktgängigen Kohlensorten auf dem Weltmarkt abhängig machen möchte, so daß der Gasgrundpreis selbsttätig mit dem Weltmarktkohlenpreis steigt und sinkt. (!)

Die Position der Gemeinden ist, wie wir des öfteren dargelegt haben, so stark, daß man in Ruhe abwarten kann, wie man sich in Essen die Einzelheiten in der Durchführung der von Pott vorgebrachten Pläne denkt. Damit soll aber keiner Passivität das Wort geredet werden, denn es ist, angesichts der Wandlungen, zu befürchten, daß die sehr aktiven Geister in Essen, die für jede Situation das Möglichen erfahrungsgemäß ein sehr gutes Riechorgan haben, die Gemeinden eines guten Tages vor höchst unliebsame Tatsachen stellen. Klarheit muß vor allen Dingen über die Preisfrage geschaffen werden, die am Dienstag von Pott in einer Art und Weise behandelt worden ist, die den Konsumenten wohl wenig behagen dürfte. Das u. a. durch die Gasfernversorgung zu erzielende Sortengleichgewicht im rheinisch-westfälischen Verbrauch ohne Zweifel eine Lebensfrage für ihn, darf unter keinen Umständen zur Festlegung einer Gasrente für das rheinisch-westfälische Unternehmertum führen.

Des weiteren dürfte Herr Pott selbst einsehen, daß seine Vorschläge über die öffentliche Aufsicht in der von ihm vorgebrachten Form nicht genügen. Man mag über den Wert einer Kontrolle durch die Arbeitnehmer im Kohlensyndikat denken wie man will, unumgänglich erscheint uns aber die Erfüllung der Forderung einer ähnlichen Beteiligung der Arbeiterschaft an der A.-G. für Kohlenverwertung oder ihrer Nachfolgerin wie im Kohlensyndikat. Diese Mindestforderung erscheint uns ebenso wichtig wie die ausschlaggebende Beteiligung des Staates in einem gemischtwirtschaftlichen Leitungsnetz.

Hallesches Stadttheater.

Richard Wagners „Siegfried".

Dieser dritte Abend der Tetralogie brachte bei seinem Erscheinen in Bayreuth und Leipzig begeisterte Anhänger und erbitterte Gegner. Heute ist „Siegfried" das Ideal der deutschen Reckenoper. Wagner zeigt hier seine Romantik in einem gesteigerten Fresko, alles ist größer, erhabener. Mit seinem außergewöhnlich innigen Gefühl für die Natur führt uns Wagner ein Waldbild vor, umwoben von zarten, geheimnisvollen Stimmungen, der Wirklichkeit subtil abgelauscht. Die Musik untermalt hier alle Vorgänge mit einem Raffinement von ganz außergewöhnlichen, früher nie gehörten Klangreizen, das Orchester spielt in stets flutender Bewegung. Wir lauschen einer eigenartigen Enharmonik und Chromatik, die uns Waldesrauschen und Mittagsstille vorzaubern, die motivische wie thematische Arbeit gleicht einem Wunderwerk orchestraler Kunst.

In der gestrigen Aufführung sang Kammersänger Ritter aus Stuttgart die Titelrolle. Wie vor Jahren hat er auch gestern eine ganz hervorragende Leistung. Er sieht blendend aus, spielt eindringlich und doch maßvoll, die Stimme bleibt bis zum Schluß frisch. Der Höhepunkt waren die Schmiedelieder, die er mit blendender Stimmentfaltung und gediegener Kunst sang. Ritter ist einer der seltenen Wagner-Sänger, die in der Tongebung unbedingt Noblesse bewahren und sich nie zu forcierten Tönen hinreißen lassen. Das macht seine rein gesangliche Leistung sehr wertvoll. Mime ist Walter Kathammer. Seine ganze Individualität ser ist vergnüglicher, drastischer, grotesker Buffo) sträubt sich gegen diese tragisch dämonische Rolle. Aber er hat sich bewundernswert nach zweijähriger Pause in diese Rolle vertieft. Als hätte die brüderliche Gewalt ihn aller Muskeln und Sehnen beraubt, trippelt er über die Bühne, klebt am Boden, wie ein Stück Erde. Die verschiedenen stimmlichen Register bringt Kathammer prägnant; nur die Maske und Haltung befremdete oft.

Kammersänger Ritter und Walter Kathammer erhielten nach dem ersten und zweiten Bilde großen Beifall.

Mit dem Alberich konnte Gerald Böhmer seine stimmliche Mittellage wie seine scharfe Deklamation zeigen.

Den Wanderer (Wotan) sang Fritz Kerzmann mit vornehmer Haltung, prächtiger Kraft und musterhafter Textbehandlung.

Als Brünhilde befestigte Margarete Fiege den glänzenden Eindruck aus der „Walküre". Spiel und Gesang waren kaum zu überbieten.

Als Erda ist Jea v. Barsy mit ihrem tiefen Alt und ihrer Vornehmheit gut am Platz.

Alfred Schütz war ein guter stimmlicher Vertreter des Fafner. Mit dem vollen Einsatz ihrer schönen Stimme sang Magda Schwelle den Waldvogel.

Die Regie von Aug. Roesler war in allen Teilen meisterhaft.

Generalmusikdirektor Band führte seine Musiker mit gewohntem Umblick und begeisterter Hingabe.

Das Haus war ausverkauft. S. S.

Um Nordhausens „Finkenburg". In der „Finkenburg", dem Sitz Kaiser Heinrich I., besaß Nordhausen das älteste historische Gebäude der Provinz Sachsen. Da Einsturz drohte, sollte das Gebäude renoviert werden, wofür die Stadtverordneten 80 000 Mark bewilligten. Bei den Bauarbeiten mußte man jedoch erfahren, daß der Bau nicht mehr zu halten sei. Mauern und Wände stürzten ein, so daß nichts weiter übrigblieb, als das Ganze zum Schmerz der Historiker dem Erdboden gleichzumachen. Nunmehr ist ein heftiger Streit der Meinungen im Gange, ob die Burg wieder aufgebaut werden soll oder nicht. In der Bürgerschaft ist mit Rücksicht auf die Kosten keine Stimmung dafür vorhanden.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Volksbühne. Die letzten Beitragsmarken werden jetzt in der Geschäftsstelle ausgegeben. Spielplan: „Don Karlos" am 5. Februar für G; am 12. Februar für H und am 14. Februar für J. Beginn 7½ Uhr. „Siegfried" am 19. Februar für A; am 2. März für B. Beginn 7½ Uhr. Die Mitglieder der Theatergemeinde C wollen ihre Karte bis 11. Februar abholen. Die spätere „Siegfried"-Aufführung ist nur für die Teilnehmer am Ring-Zyklus bestimmt. Die Mitglieder, die „Siegfried" im Zyklus sehen, können als 6. Wert eine Ersatzvorstellung besuchen. Zum II. Konzert der Robert-Franz-Singakademie am Montag, dem 31. Januar, 8 Uhr im Stadttheater, sind für unsere Mitglieder Vorzugskarten in unserer Geschäftsstelle erhältlich; zur Hauptprobe am Sonntag, dem 30. Januar, 11 Uhr vorm. im Stadttheater, sind nur einige wenige Karten verfügbar. Die Karten zum „Garten Eden" sind ohne Wissen der künstlerischen Leitung ausgegeben worden. Die Kartenausgabe ist eingestellt. „Dove: Calais" wird am Freitag, dem 28. Januar, 8 Uhr im Thalia (kl. Kammerspiel) gegeben. Karten, soweit verfügbar, in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14. Telephon 28 479.

Sechstes Philharmonisches Konzert.

Berliner Philharmoniker (Kammerorchester), Leitung: Dr. Göhler. / Solisten: Helge Lindberg (Bariton), Gregor Piatigorsky (Cello).

Altklassischer Abend.

Es war ein recht interessanter, vom Alltag weit abstechender Abend, den Dr. Göhler uns mit seltenen, aus vertaubten Archiven geholten Werken darbot. Händel, Haydn, Boccherini, Bach und Mozart führten uns in die Vorzeit. Man hörte Haydns Es-Dur-Sinfonie 36 mit ihrer Saftkunst und einzigen Melodik, drei Händel-Arien für Bariton und Kammerorchester, vier Sätze aus der Cello-Suite von Bach, eine Bach-Arie mit Kammerorchester und Mozarts G-Moll-Sinfonie; ganz besonderes Interesse erweckte das Cello-Konzert von Boccherini in B-Dur.

Von den Solisten stand der nordische Bariton Helge Lindberg an erster Stelle; sein edles umfangreiches Organ ist klassisch geschult und steuert über die Schwierigkeiten der Händel- und Bach-Gesänge mit überlegener Kunst. Die Bach-Arie dürfte man in der Vollendung nur sehr selten hören.

Der russische Cellomeister Gregor Piatigorsky hat in einem der früheren Konzerte seine Kunst produziert. In seiner gestrigen Darbietung brachte er die Solo-Suite von Bach und das Cello-Konzert von Boccherini zu vortrefflicher Wirkung. Die hinreißende Wirkung, die unsere deutschen und besonders italienischen Cellisten dem Konzert geben, fehlte allerdings. Die beiden Solisten hatten großen Beifall. Die Berliner Philharmoniker entwickelten bei den Altmeistern glänzenden Ton und herrliche Technik.

Dr. Göhler zeigte in jedem Werke seine tiefe Musikalität. S. S.

Eine Ausstellung schwedischer Buchkunst wird im letzten Drittel des April in Leipzig unter Teilnahme aller namhaften Verleger, Buchkünstler und Fachvereinigungen Schwedens stattfinden und soll drei Wochen dauern. Die schwedische Papiererzeugung, Druck- und Illustrationstechnik und Einbandkunst stehen auf besonders hohem Niveau. Man rechnet mit einer Ausdehnung der Ausstellung auf 2000 bis 3000 Bände.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192701 26-11/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

Kampf um die Schwangeren- und Kinderfürsorge.

Berlin, 26. Januar. (Soz. Presse-Dienst.)

Die Parteien des werdenden Bürgerblocks geben sich alle Mühe, entgegen den Abmachungen im Aeltestenausschuß noch während der Regierungskrisis ein reaktionäres Gesetz über die Grundschulen zugunsten der Privatschulen durchzusetzen. Am Montag war es ihnen gelungen, den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung der Reichstagssitzung vom Dienstag zu setzen. Heute gelang es auf Grund eines Antrages des sozialdemokratischen Abgeordneten Crispien, die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung zu erzwingen, da der Ausschußbericht erst wenige Stunden vor Beginn der Plenarsitzung verteilt worden war. Dann trat das Haus in die Beratung eines Berichts des Bevölkerungspolitischen Ausschusses über einen kommunistischen Antrag ein, der vermehrten Schutz für Mutter und Kind, also bessere Schwangeren- und Kinderfürsorge fordert. Der Ausschuß hat den kommunistischen Antrag nicht angenommen, sondern zu zwei Entschließungen abgeschwächt, die von der Regierung eine Denkschrift über den Stand des Mutterschutzes, sowohl des öffentlichen wie des privaten, verlangten, ferner die Regierung ersuchen, den Gesetzentwurf vorzulegen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind auf eine gesicherte Rechtsgrundlage stellt. Nach einem eingehenden und sachlichen Vortrage der Kommunistin Arendsee, die den kommunistischen Antrag eingebracht hat, sprach die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Nemitz in längerer, materialreicher Rede für den Antrag. Sie forderte, daß Einrichtungen geschaffen werden, die allen werdenden Müttern Schutz gewähren. An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Kommunistin Frau Abg. Arendsee, die demokratische Abgeordnete Frau Dr. Lüders und vom Zentrum Frau Neuhaus. Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Agnes begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der über die ziemlich farblosen Entschließungen des Ausschusses hinaus verlangt, daß zwei Paragraphen des Gesetzentwurfes, die sich insbesondere mit der Schwangerenfürsorge beschäftigen, an den Bevölkerungsausschuß zurückverwiesen werden sollen. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt. Angenommen wird nur die Entschließung, die die Vorlage einer Denkschrift fordert, also nicht einmal die Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Schutze der Schwangeren und Kinder war gegen den werdenden Bürgerblock durchzusetzen. Im Hammelsprung wurde beschlossen, die zweite Beratung des Gesetzentwurf über die Grundschulen auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung zu bringen.

Preußischer Landtag.

Sozialdemokratische Forderungen zur Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 26. Januar. (Soz. Pressedienst.)

Die Weiterberatung des Wohlfahrtsetats brachte in der Dienstagsitzung des Landtages u. a. eine Rede des Genossen Hase (Wiesbaden), der zu dem Problemen der Erwerbslosenfürsorge Stellung nahm. Genosse Haese wies darauf hin, daß die katastrophale Erwerbslosigkeit sicherlich den beklagenswerten schlechten Gesundheitszustand mitverschuldet habe. 1¾ Millionen Erwerbslose in Deutschland seien wirtschaftlicher Not ausgesetzt; 880 000 entfielen davon am 15. Dezember 1926 auf Preußen, wovon die Landbevölkerung allein mit 30 Prozent — eine erschreckend hohe Ziffer — beteiligt ist. Berlin stellt ein Heer von 300 000 Erwerbslosen. Genosse Haese forderte die rücksichtslose Durchführung des Achtstundentages, das Verbot von Ueberstunden und der Nachtarbeit. Er kritisierte die Bestimmung, daß bei mehrfacher Arbeitslosigkeit in der Familie nur eine Person Unterstützung beziehen darf und verlangte die Abschaffung der Pflichtarbeit, die als Notstandsarbeit vergeben werden und so zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen müßte. Schließlich setzte er sich für besondere Berücksichtigung des besetzten Gebietes ein.

In der Beratung des Kapitels Wohnungs- und Siedlungswesen äußerte sich Wohlfahrtsminister Hirtsiefer über das Wohnungsbauprogramm. Im Kalenderjahr 1926 sind insgesamt 190 000 Wohnungen gebaut worden, größtenteils aus Mitteln der Hauszinssteuer. Um im laufenden Jahre eine erhöhte Wohnungsbautätigkeit durchführen zu können, wäre eine Anleihe von 80 Millionen Mark notwendig. Für die noch fehlenden 200 Millionen habe er eine Mietsteigerung ab 1. April 1927 in Aussicht genommen, die aber mangels einer voll verfügungsfähigen Reichsregierung noch nicht genehmigt sei. (Das Bürgerblock-Kabinett wird natürlich nicht zögern.) Im übrigen verteidigte er unter dem Beifall der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen seine Verordnung über Lockerung der Zwangswirtschaft. Die Klagen darüber seien übertrieben. Auch in dieser Beziehung gelte das Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Genosse Lüdemann antwortete auf die Ministerrede und bemängelte besonders das fehlende Verständnis für die Erfordernisse der Industriezentren und großen Städte, soweit die Verteilung aus dem Ausgleichsfonds in Frage kommt. Im übrigen hätten die Ausführungen des Ministers über die Freigabe großer Notwohnungen und gewerblicher Räume den verdienten Beifall des Herrn Ladendorff und der Deutschnationalen gefunden, aber nicht den des geschädigten Mittelstandes.

Um diese Verordnung des Wohlfahrtsministers drehte sich auch die weitere Debatte, die am Mittwoch zu Ende geführt werden soll und damit die zweite Lesung des Wohlfahrtsetats.

Die Preußenflagge und das Grab Hindenburgs.

Everling gegen Hindenburg. / Die „Aufrechten" stehen noch!

In der heutigen Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung" lesen wir: In der Singakademie fand vor einigen Tagen eine „Reichs- und Kaiserfeier" der „Gesegemeinschaft der Aufrechten" statt, die sich nach dem Verbot des „Bundes der Aufrechten" gebildet hat. An der Feier nahmen u. a. Oskar Prinz von Preußen, der frühere Generalbevollmächtigte des Exkaisers, v. Berg, und Admiral a. D. Schröder teil. Nach Reden des Generalmajors a. D. Felgenhauer, des Generals a. D. Enckevort, des Pfarrers Dr. Violet und des Oberstleutnants a. D. Rudelsdorff sprach der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Everling. Er führte aus, daß leider viele früher national gesinnte Männer, darunter auch ein Feldmarschall, dem monarchistischen Gedanken abtrünnig geworden seien. „Für die Anhänger der Zeitschrift „Der Aufrechte", so fuhr Everling fort „sind diese Leute tot. Ueber ihrem Grabe wird niemals die Preußenflagge wehen."

•

Eine schlimme Sache diese Geschichte von dem Grabe Hindenburgs und der Preußenflagge.

Völkische Verleumder verurteilt.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Am Dienstag fand in Berlin ein Prozeß gegen zwei völkische Verleumder aus der Redaktion des „Deutschen Tageblattes" statt. Die beiden Angeklagten, Redakteure Rudolph und Dr. Lippert, hatten den preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer beschuldigt, während seines Aufenthalts in Wien im vergangenen Jahre betrunken gewesen zu sein und sich mit Dirnen abgegeben zu haben. Ein Wahrheitsbeweis konnte von den Verleumdern nicht erbracht werden. Das Urteil lautete gegen Rudolph auf sechs Monate Gefängnis und gegen Lippert auf 2000 Mark Geldstrafe oder für je 20 Mark ein Tag Gefängnis.

Filmzauber

auf der Insel Robinson Crusoes.

Nach einem neunwöchigen Aufenthalt auf Tabago, der der Küste von Venezuela vorgelagerten kleinen Antilleninsel, hat jetzt der englische Filmregisseur Wetherell den Robinson-Crusoe-Film fertiggestellt. Die Insel Tabago gilt als die Landschaft, in die Daniel Defoe den Helden seines berühmten Romans gestellt hat. Sie bietet jedenfalls, wie Wetherell erklärt, ägenische Bilder und klimatische Verhältnisse, wie sie für die Zwecke des Films nicht besser gedacht werden können. Wetherell, der in seinem Werk zugleich die Rolle des Helden darstellt, war in der glücklichen Lage, in den Eingeborenen und den weißen Pflanzern Darsteller zu finden, die er brauchte. Er hatte eine Komparserie von hundert Negern, während die Besatzung des englischen Schiffes und die Meuterer von den weißen Pflanzern dargestellt wurden. Einen wertvollen Fund machte man mit der Entdeckung des „Freitag" in der Person eines jungen Schwarzen, der sich seiner Erklärung nach schon einmal bei einer Schulaufführung als Schauspieler betätigt hatte. Bei der Probe konnte man feststellen, daß der Schwarze ein bedeutendes schauspielerisches Talent besaß. Dazu gab die Insel für die Hauptszenen den schönsten landschaftlichen Hintergrund, der der Schilderung des Romans aufs genaueste entsprach. Bei seiner Tätigkeit konnte sich Wetherell überzeugen, daß die Crusoeiegende fest in der Ueberlieferung der Neger wurzelte, die nicht einen Augenblick daran zweifelten, daß der Held des Romans von Defoe wirklich und wahrhaftig an diesen Gestaden gelebt hatte. Ja, man erklärte sogar allen Ernstes, daß auf der Insel ein steinalter Mann lebe, der Robinson Crusoe noch gesehen haben wollte. Nachdem die englische Filmgesellschaft einige Wochen gearbeitet hatte, verbreitete sich unter den Eingeborenen das Gerücht, daß die Filmaufnahme nur eine Finte sei, daß in Wahrheit die Engländer gekommen seien, um nach dem Schatz Robinson Crusoes zu suchen, denn man glaubt auf Tabago steif und fest, daß Crusoe von dem gescheiterten Schiff einen wertvollen Schatz an Land gebracht und ihn ein einer Höhle der Insel vergraben habe. Man war seitdem den Engländern gegenüber mißtrauisch, doch gelang es der Ueberredungskunst Wetherells, den Verdacht der Eingeborenen zu zerstreuen.

Gericht im Haag.

9 Milliarden Liquidationsschäden.

Im Friedenspalast im Haag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Thomas Nelson Perkins aus Boston die Gerichtssitzung über eine Summe von über 9 Milliarden Goldmark begonnen, die Deutschland an die Liquidationsgeschädigten noch zahlen soll. Nach deutscher Ansicht ist diese Summe in den Dawes-Lasten mit einbegriffen. Der deutsche Sachwalter, Professor Dr. Kaufmann, vertrat die deutschen Interessen. Unser Bild zeigt den Friedenspalast im Haag.

Beschädigte Riesendampfer.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Aus Neuyork wird gemeldet, daß die Dampfer „Deutschland" der Hapag-Gesellschaft und „Columbus" des Norddeutschen Lloyds infolge starken Eisganges auf dem Ozean stark beschädigt wurden, so daß sie gedockt werden müssen. Um den „Columbus" ins Dock zu bringen, werden 10 Schlepper benötigt.

Von den Rentenbankscheinen zu 50 Mark ist in Berlin neuerdings eine Fälschung aufgetaucht. Die Direktion der Deutschen Rentenbank hat auf die Ergreifung der Fälscher eine Belohnung bis zu 10 000 Mark ausgesetzt.

Der Weihnachtsmann ins Zuchthaus geschickt. In Braunschweig wurde Vincenz Kowalczik aus Laatzen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. K. war am Weihnachtsabend als Weihnachtsmann verkleidet an der Kasse eines Konsumvereins erschienen. Kaum hatten ihn die Angestellten begrüßt, zog er einen Revolver und verlangte die Herausgabe des Geldes. Mit einer größeren Summe ergriff er die Flucht, konnte aber bald festgenommen werden.

Unschuldig verurteilt.

Das Große Schöffengericht Stuttgart hatte im vergangenen Jahre den Kraftwagenführer Kilian Schwarz aus Ellwangen auf Grund von Zeugenaussagen zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er mindestens 50 schwere Einbrüche in Bauerngehöfte verübt haben sollte. In der Berufungsverhandlung wurde das Urteil auf zehn Monate Gefängnis ermäßigt. Die Einbruchsdiebstähle gingen aber weiter, auch als Schwarz seine Strafe verbüßte. Nach längerer Zeit gelang es der Kriminalpolizei, den wirklichen Täter in der Person eines Malers Eugen Glaser aus Weschenbeuren zu verhaften. Glaser wurde jetzt vom Stuttgarter Großen Schöffengericht zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Gleichzeitig beantragte die Staatsanwaltschaft in einem Wiederaufnahmeverfahren vor der Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts, den unschuldig im Gefängnis sitzenden Schwarz freizusprechen. Das Gericht folgte diesem Antrag und sprach Schwarz für die unschuldig verbüßte Gefängnisstrafe eine Entschädigung zu.

Kampf um ein Affenweibchen.

Im Zoologischen Garten in London kam es unter den 70 abessinischen Pavianen zu einem heftigen Kampf um ein Weibchen. Die Affenherde, die auf einer großen felsigen Anlage haust, hatte sich in zwei Parteien gespalten. Bald war das umstrittene Weibchen im Besitz der einen, bald in dem der anderen. Die Wärter waren ratlos, der Kampf, der über zwei Stunden dauerte, zu schlichten. Als endlich Ruhe eintrat, mußten sie feststellen, daß das Weibchen tot war. Schweigend versammelte sich die ganze Herde um den toten Körper. Nach einiger Zeit trennten sich die Gegner, worauf von jeder Seite ein Männchen an die Leiche herantrat und den toten Körper durch das Spalier der Affenherde in einen Teich rollte. Daraufhin zogen sich sämtliche Affen in ihre Lager zurück, um ihre Wunden zu pflegen.

Altendiebstahl en gros.

Berlin, 26. Januar. (Radiomeldung.)

Die Moabiter Gerichtsbehörden haben, wie heute gemeldet wird, bisher 40 neue Fälle von Altendiebstählen festgestellt. In diesem Zusammenhange verlautet, daß diese Feststellungen noch eine ganze Reihe von Verhaftungen zur Folge haben werden.

Nach Informationen des „Berliner Tageblatt" werden sich die Behörden mit der Aufklärung von weiteren 40 neuen Fällen von Altendiebstählen zu beschäftigen haben, die jedenfalls noch eine ganze Reihe von Verhaftungen zur Folge haben dürften. Zurzeit prüft man in den einzelnen Gerichtsschreibereien der Staatsanwaltschaft I die dort liegenden Aktenbestände nach. Dabei hatte sich schon jetzt ergeben, daß über 50 weitere Strafakten in Moabit verschwunden sind.

Finnische Skimeisterschaft. Den 10-Kilometer-Lauf der finnischen Skimeisterschaft gewann in Tammersfore der Sieger des Vorjahres Raivio in 40:24,8 vor M. Lappakainen, Kontula und T. Lappakainen.

Raubüberfall. Aus Hamburg wird gemeldet: Gestern nachmittag überfielen zwei Männer den 75 Jahre alten Inhaber eines Zigarrengeschäftes, warfen ihn zu Boden und fesselten den Ueberfallenen. Dann raubten die Verbrecher 430 Mk. und verließen das Geschäft. Der alte Herr konnte sich aber bald befreien und Anzeige erstatten.

Die Tragödie im Finanzamt Neukölln. Der 11jährige Sohn des Kaufmanns Hackbusch ist der schweren Kopfverletzung erlegen, die ihm sein Vater auf dem Finanzamt Neukölln beigebracht hatte. Obwohl Hackbusch bei seiner Vernehmung zugegeben hat, schon seit Mitte Dezember den Plan gehegt zu haben, den Steuersekretär, der die Bücher seines Betriebes nachgeprüft hatte, zu erschießen, wurde er vom Untersuchungsrichter auf freien Fuß gesetzt. Der Beamten des Finanzamtes hat sich deshalb eine begreifliche Erregung bemächtigt, da sie eine Wiederholung des Attentats befürchten. Das Finanzamt hat deshalb gegen die Haftentlassung Beschwerde eingelegt.

Alter schützt vor Torheit nicht. In der Möckernstraße in Berlin spielte sich am Dienstagmittag eine blutige Eifersuchtstragödie ab. Der 58 Jahre alte Arbeiter Anton Wendovski gab auf die 46jährige Witwe Martha Neumann, mit der er seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis unterhielt, aus Eifersucht mehrere Revolverschüsse ab. Dann tötete er sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Die Sühne für den Ueberfall im Vororizug. Der 17jährige Schlossergeselle Pieter stand gestern wegen des Raubüberfalles, den er am 3. Dezember 1926 in einem Berliner Vorortzug auf den Major a. D. von Weiher verübt hatte, vor dem Großen Jugendgericht in Spandau. Der Major hatte den Burschen überwältigt und dem Stationsvorstand übergeben. Der Täter wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Vier Kinder verbrannt. Aus London wird gemeldet: Bei dem Brande eines Hauses in Edinbourgh kamen vier Kinder ums Leben.

Selbstmord einer Schülerin. Nach einer Blättermeldung aus Kiel hat sich ein 12jähriges Mädchen aus Furcht vor einer Schulstrafe erschossen.

Die Falschspieler.

Ein Schauspiel für Götter bieten die deutschnationalen Abgeordneten des Preußischen Landtags. Ihre Fraktion ist 100 Mitglieder stark; davon haben sich sage und schreibe 96 zusammengetan und einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem beantragt wird, die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926, durch die die nicht mit einer Wohnung verbundenen gewerblichen Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommen werden, im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu mildern. Man verlangt eine Ergänzung der Verordnung, durch die die Gewerbetreibenden vor einer skrupellosen Mietbewucherung geschützt werden.

Dieselben Herrschaften also, die jahrelang sich mit der Forderung auf Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft förmlich heiser geschrien haben, schreien jetzt, nachdem der Wohlfahrtsminister ihnen zum Teil ihren Willen getan hat, Zeter und Mordio. Die Lockerung der Zwangswirtschaft, so klagen die betrübten Lohgerber, hat eine Anzahl von Hauseigentümern veranlaßt, sofort mit Kündigungen vorzugehen zwecks Erreichung von Mieten, die in keinem Verhältnis zu den berechtigten Forderungen des Hausbesitzes stehen. Die Organisationen des Hausbesitzes aber stehen dem verantwortungslosen Treiben dieser Elemente machtlos gegenüber.

„Hilfe, ach, ihr hohen Götter!" — — —

Hankau.

„Was — Selbstbestimmungsrecht der Völker? — Machen Sie keine Witze, den Ausdruck habe ich überhaupt erst erfunden!"

Das Berliner Stadtparlament gegen die Freigabe gewerblicher Räume. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern mit der Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft und nahm die Anträge auf sofortige Aufhebung der betreffenden Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270126-11/fragment/page=0003

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle.

Politische Berichterstattung. / Kommunisten gegen Preßfreiheit. / Brieftaubenzüchter im Technischen Ausschuß. / Franke beantragt Geldentschädigung für Oertel.

„Preisend mit viel schönen Reden" wurde in der gestrigen Jahresgeneralversammlung des **Arbeiter-Sport- und Kulturkartells Halle** die Tätigkeit des kommunistischen Kartellvorstandes aufgezeigt, nachdem vorher im Leibblatt schon reichliches Selbstlob gespendet und der verräterischen SPD. das Nötige heimgezahlt worden war. Der

Geschäftsbericht des Vorsitzenden

befaßte sich in der Hauptsache wiederum mit der Politik, während die rein sportliche Tätigkeit des Kartells, die doch seine Hauptaufgabe darstellt, nur flüchtig gestreift wurde. Und es war, wie immer, die Schuld an den parteipolitischen Auseinandersetzungen trägt einzig und allein die SPD., sie hat dem Kartellvorstand Schwierigkeiten bereiten zu müssen geglaubt. Das ist natürlich eine glatte Umkehrung der Tatsachen, **denn die ganzen Streitigkeiten sind verursacht durch die kommunistischen Anträge,** die im Kartell dauernd behandelt wurden. Weil die SPD.-Sportler diese Anträge nicht „partout" schlucken wollen, darum sind sie Schädlinge des Kartells. Der Vorsitzende hat natürlich nur „das Kartell gewerkschaftlich und politisch vortreiben wollen", beileibe nicht parteipolitische Ziele verfolgt. Wenn ein Sozialdemokrat das Kartell geleitet hätte, und es wären Anträge für eine sozialdemokratische Organisation angenommen worden, dann hätte niemand darüber geredet. Was eine bewußte Unwahrheit ist, denn dann wären derartige Anträge überhaupt nicht zur Verhandlung gekommen. Oertel behauptete dann, in den Gewerkschaften und im Arbeiter-Turn- und Sportbund würde sozialdemokratische Politik getrieben. Wenn Gellert und Bildung sagten, in den Arbeitersportvereinen dürfe keine Politik getrieben werden, dann sei das grundfalsch. Auch hier verdreht Oertel den Tatbestand. Es wird nicht verlangt, überhaupt keine Politik zu treiben, aber es darf

keine einseitige Parteipolitik

getrieben werden. Er verwahrte sich auch dagegen, daß er in Leipzig eine jämmerliche Figur gemacht haben soll und er werde am Sonntag Bildung darüber zur Rede stellen. Bildung wolle übrigens auch die Kulturkartelle nicht zerschlagen, das wolle nur Gellert. Oertel glaubte dann durch unqualifizierte Angriffe gegen das „Volksblatt" Eindruck zu schinden. Es ist höchst bezeichnend, daß er als Absicht des neuen Vorstandes die

Herausgabe amtlicher Berichte über die Kartellsitzung

ankündigte. Wenn dann ein Redakteur als „Außenseiter" (natürlich nur einer vom „Volksblatt") wirke, dann müsse er „eins auf die Finger" bekommen.

Derartige Mätzchen lassen uns natürlich völlig kalt. Wir leben erfreulicherweise noch nicht in einem bolschewistischen Zuchthausstaat und werden die Pressefreiheit auch nicht von einer kommunistischen Kartellmehrheit antasten lassen. Das „Volksblatt" wird nach wie vor rücksichtslos das über das Kartell sagen, was es nach seiner Ansicht und im Interesse seiner Leser zu sagen für gut befindet. Dieser versuchte Anschlag gegen die Pressefreiheit soll natürlich dazu dienen, die kommunistische Politik im Kartell zu verschleiern, damit die Zentralkommission keine Gelegenheit mehr zum Eingreifen bekommt. Oertel und seine Leute fürchten das Licht der Oeffentlichkeit, das sie aber trotzdem auch in Zukunft grell beleuchten wird.

Während der Vorsitzende nun auf der einen Seite seine Tätigkeit als vorbildlich und erfolgreich hinzustellen versuchte, konnte er doch nicht umhin, die Tatsache erneut zu beklagen, daß noch immer der Mitgliederstand nicht so sei, wie es notwendig sei. Leipzig, das dreimal so groß wie Halle ist, habe zwölfmal soviel Arbeitersportler wie Halle. Woraus, da Leipzig überwiegend sozialdemokratisch ist, doch nur hervorgeht, daß die Schuld an den hallischen Verhältnissen auf kommunistischer Seite liegt. Aber das begreifen doch die hallischen Bolschewisten nicht, deren Qualitäten Oertel ja selbst anzweifelte, indem er von der

Stupidität der hallischen Arbeiterschaft

redete. Bezeichnend war auch der Kassenbericht, den Meyer erstattete. Hatte der kommunistische Kartellvorstand vor Jahresfrist einen Bestand von über 700 Mark übernommen, so hinterläßt er heute bei einer Einnahme von über 7000 Mark ganze 90 Mark. **Er hat also mehr verbraucht, als eingenommen.** Außerdem wurde der Bericht ganz summarisch gegeben. Hier hakte denn auch die Kritik der Opposition ein, indem verschiedene Redner (Koch, Krech, Philipp) einen spezialisierten Bericht verlangten. Außerdem wurden Bedenken gegen zu **hohe Sitzungsgelder des Vorstandes** (pro Sitzung und Person 2 Mark) erhoben und verlangt, daß vorsichtiger mit dem Gelde umgegangen werden müßte. An den politischen Ausführungen Oertels üben Koch und Philipp scharfe Kritik. Sie verlangten, daß mehr Gewicht auf die sportliche Seite, statt auf die parteipolitische zu legen sei. Schließlich wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die nun folgende

Vorstandswahl

wollten die Kommunisten öffentlich vornehmen, mußten aber auf Einspruch hin zur Zettelwahl schreiten. Zum ersten Vorsitzenden wurde, wie nicht anders zu erwarten, Oertel mit 40 Stimmen wiedergewählt. Der Vorschlag Bandermann erhielt 14 Stimmen. Zweiter Vorsitzender wurde ebenfalls wieder Krause mit 32 Stimmen, während Bandermann 21 Stimmen erhielt. Zum Kassierer wurde Rosenberg mit 30 Stimmen gegen 24, die je zur Hälfte Heinicke und Meyer erhielten, gewählt. — Es war hierbei bezeichnend, daß Rosenberg, der sich in verschiedenen Sitzungen durch wildes Geschimpfe auf die „Bonzen" ausgezeichnet hatte, von den Keglern mit der Begründung vorgeschlagen wurde, daß „Fichte" als stärkster Verein unbedingt im Vorstand vertreten sein müsse. Das war natürlich nur eine Verschleierung, in Wirklichkeit wollte man einen so qualifizierten Kommunisten in den Vorstand haben. — Zum 1. Schriftführer wurde zuerst Koch gewählt, nachdem dieser aber verzichtete, Philipp, zum 2. Schriftführer Beitz. Revisoren wurden Weber, Schanze und Heinicke. In die Arbeitsgemeinschaft kommen Bandermann, Wittig, Wabbel und Oertel, und in den Fachbeirat Bandermann, Wabbel, Eurich, Oertel, Philipp, Pezold, Koch und ein Turner aus dem Bezirk. Der Technische Ausschuß besteht aus Kohlmann (Radfahrer), Werge (Turner), Richter (Kegler), Kretzschmann (Athleten), Eurich (Leichtathleten), Franke (Fußballer), Hellwig (Schwimmer), Metzger (Naturfreunde) und Ruhtanz (Brieftaubenzüchter). Zum Obmann wurde Werge gewählt. — Was der Brieftaubenzüchter in einem technischen Ausschuß für Leibesübungen machen soll, ist wirklich unerfindlich. Das ist wieder so typisch kommunistisch. Es fehlt nur noch, daß auch noch ein Laubfroschzüchter hineinkommt, damit auch diese „Sparte" vertreten ist. Nun, jeder blamiert sich, so gut er kann!

Zur Bezirkskonferenz am 30. Januar wurden Philipp und Pezold bestimmt. Dann wurde beschlossen, die Diäten des Vorstandes auf eine Mark herabzusetzen. Am 1. Mai soll ein Spielverbot verhängt werden. Zum Schluß beantragte der kommunistische Delegierte Franke,

dem ersten Vorsitzenden eine Geldentschädigung

zu gewähren. Der Vorsitzende Oertel besaß hierbei die Taktlosigkeit, über diesen ihm persönlich angehenden Antrag, über dessen Merkwürdigkeit sogar Kommunisten die Köpfe schüttelten, auch noch unter seiner Leitung verhandeln zu lassen. Er verzichtete erst selbst auf eine solche Entschädigung, nachdem sich Opposition geltend machte. — Wir möchten einmal sehen, wenn sich etwas Derartiges ein Sozialdemokrat geleistet hätte, was dann für ein Geschrei losgegangen wäre! Jedenfalls sind wir den Kommunisten für diese Demaskierung ihres wahren Charakters sehr dankbar. Wir werden uns das gut merken. Was aber sagen die Vereine dazu?

Selbsterkenntnis. der erste Schritt ...

Von einem Mitglied des bürgerlichen Fußballklubs „Wacker" (Zörbig) geht uns ein Bericht zu, in dem mit Entrüstung erklärt wird, daß am Sonntag in Schkeuditz ein Verbandsspiel zwischen „Wacker" (Zörbig) und VfL. Schkeuditz stattgefunden hat, in dem die Entscheidung um die Meisterschaft der 2. Klasse des Saalegaues fiel. Bei diesem Spiel mußten sich vier Spieler von Zörbig sofort in ärztliche Behandlung begeben, so waren sie zugerichtet worden. Einer mußte sogar mit zertretenem Unterkiefer blutüberströmt und bewußtlos vom Platze getragen werden. Der Schiedsrichter habe es nicht für nötig gehalten, da einzugreifen.

Interessant ist in diesem Zusammenhange, daß sich verschiedene Mitglieder von „Wacker" (Zörbig) alle Mühe geben, den Arbeitersportler K. H. in ihren Verein hineinzuziehen. Zwei „Wacker"-Leute, R. und Her . . . ., sollen geäußert haben, „den wollen und müssen wir haben." So leicht wird ihnen das aber nicht gelingen. Der obige Vorfall wird erneut zu denken geben.

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

SAJ. Morgen: Musikstunde. Erscheinen eines jeden Musikers ist Pflicht, da zum Werbeabend geübt werden muß.

Aus dem Bezirk

Merseburg. **Arbeiterwohlfahrt.** Die Lehrabende finden von jetzt an regelmäßig jeden Montag und die Nähstunden jeden Mittwoch im „Herzog Christian" statt. Beginn 8 Uhr abends.

Bockwitz. Die Generalversammlung des Ortsvereins findet am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" statt. Die Mitglieder müssen sämtlich erscheinen.

Sangerhausen. Freitag, den 28. Januar 1927, abends 8 Uhr, im „Bergschlößchen" Frauenabend. U. a. Lichtbilder-Vortrag. Die Genossinnen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind herzlich willkommen.

Corbetha. Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthaus Wagner: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Richard Krüger (Merseburg). 2. Geschäftsbericht — Vorstandswahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der Wichtigkeit ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Am 29. und 30. Januar wird eine Anzahl Quartiere für möglichst je 2 Personen (ein Kriegsblinder und Führer) benötigt. Baldige Bezeichnung der Quartiere an die Leitung erforderlich.

Sonstige Vereine

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Halle a. S. Montag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge, Weingärten: Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. 424

Wir machen die verehrlichen Vereine und Organisationen darauf aufmerksam, daß der Vereinskalender nur zu den Zwecken benutzt werden kann, wozu er geschaffen ist, nämlich zur Veröffentlichung von Sitzungen, Versammlungen u. organisatorischen Fragen. Dagegen müssen Veröffentlichungen von Festlichkeiten als Inserat aufgegeben werden.

Walhalla
Nur noch 5 Tage!
Beginn 8 Uhr:
Die große Revue
Die Bunte Tüte
16 lustige Bilder.
Musik von Viktor Corzilius. 431
Das große Ballett
Trotz enormer Unkosten gewöhnliche Preise von 60 Pfg. bis 4,00 Mk.

Landesanstalt für Vorgeschichte
(Wettiner Platz)
Sonntag, 30. Januar, nachm. 4 Uhr:
Der Bärenhäuter
Ein Spiel vom Jungmannentum.
Karten zu 1,00, 0,75 u. 0,50 Mk. beim Hausmeister v. 8 bis 4 Uhr, Sonn. bis 1 Uhr. 429

Soeben erschienen!
E. Friedrich
Krieg dem Kriege
II. Band
Preis 5.– Mark
Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle (S.), Gr. Ulrichstr. 27

C.T
Am Riebeckplatz | **Gr. Ulrichstraße 51**

Ab morgen, Donnerstag, nachm. 4 Uhr

Eins ist unbestritten:
Seit Richard Voß' **„Zwei Menschen"** hat noch kein Film die Herzen aller dermaßen gepackt, wie Ludwig Anzengrubers

Der Pfarrer von Kirchfeld

7 Akte! Nach dem berühmten Roman von Ludwig Anzengruber. **7 Akte!**

Wilhelm Dieterle (als Pfarrer Hel)
Margar. Lanner (als Annerl)
Fritz Kampers (als Wurzelsepp)
Hedwig Wangel (als Brigitte)

Dieser Film ist ein Werk aus einem Guß!

Ein schöner Film, wahrhaftig in seiner Idee, optisch wirkungsvoll erfaßt. Ueberall grüßen Bauern, grüßt die Natur, pocht das Herz des freien Landes, der freien Menschen! (Deutsche Zeitung, Berlin.)

Hierzu der auserlesene, mit aller Sorgfalt zusammengestellte bunte Teil!

— Jugendliche zahlen zur ersten Vorstellung halbe Preise —

Ab morgen, Donnerstag, nachm. 4 Uhr

O glaubt nur, wie Euch, schlägt voll Lust und Leid auch in des Gauklers Brust ein Herz . . .

Motto aus dem
besten und schönsten deutschen Zirkus-Film
seit langen Jahren

ZIRKUS RENZ

Ein Schauspiel aus der Manege des Lebens in **sieben Akten.**

Ein Bajazzo-Schicksal

voll tiefernster Tragik, umgeben von dem romantischen Reiz des fahrenden Volkes.

Die Hauptrollen liegen in den denkbar besten Händen bei
Angelo Ferrari – Ernst Winar – Aruth Wartan – Mary Kid – Mia Pankau – Fritz Beckmann u. a. m.

Ein packendes Filmgemälde voll Szenen, die blenden, mitreißen und nicht wieder loslassen. Es gibt Schmerz und Freude, Tragik und Humor unter treuer Hingabe an die Welt des Scheins. 427

Hierzu der ausgezeichnete bunte Teil.

Stadt-Theater
Heute 428
Mittwoch 8 Uhr:
Die Zauberflöte
Donnerstag 8 Uhr:
Gastsp. Leopoldine Konstantin
Die Tänzerin

Modernes Theater
Direktion Hans Rosen
Das führende
Tanz-Kabarett!
Erich Guttstadt
und der große
Varieté-Spielplan
nach d. Vorstellung
Tanz!

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim
der
Hallisch. Arbeiter

Halbdaunen
zu Mk. **3,50 4,25 5,50** und **7,–**
in nie erreichter Güte und Füllkraft.
Inletts
alles ausprobierte, nur dauerhafte Qualitäten kaufen Sie im 432
Bettenhaus
Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2,
Eing. Kanzleigasse,
2 Minuten vom Markt.

Germania-Felsenfest.

Unser großer
Preis-Maskenball

findet am **Sonnabend, dem 29. Januar,** im „Deutschen Gesellschaftshaus" statt. 425
Karten dortselbst sowie bei sämtlichen Mitgliedern. — Anfang 8 Uhr — Kapelle „Bucko"
Der Arbeitsausschuß.

Ratgeber für die Knappschafts-Versicherung
Von Fr. Kleeis.
Preis **0,60** Mark.
Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27

Zoologischer Garten
Heute, Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr:
Gesellschafts-Abend
Filmvortrag:
Die Wunder des blauen Golfes
Erstaufführung in Halle. Unerreichte Aufnahmen aus dem Leben der Meerestiere und prachtvolle Landschaftsbilder vom Golf von Neapel, im feuerspeienden Vesuv, Kunstwerken und Volksleben.
Donnerstag, den 27. Januar:
13. Symphonie-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters
Leitung Benno Plätz **(verstärkt. Orch.)**
Smetana: „Mein Vaterland"; Wagner: Ouv. und Bacchanale a. d. Oper „Tannhäuser"; Rich. Strauß: „Tod u. Verklärung" 433

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Für die in **Halle und Umgegend** wohnenden Mitglieder der **Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna** findet die Auszahlung des Krankengeldes von jetzt ab jeden **Freitag nachmittag** im Verwaltungsgebäude der

Allgem. Ortskrankenkasse Halle, Kl. Klausstr.

statt, und zwar **nur** in folgender Reihenfolge:
für die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben A bis G von 2—3 Uhr nachm.,
für die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben H bis M von 3—4 Uhr nachm. und
für die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben N bis Z von 4—5 Uhr nachm.

Das Erscheinen **vor** den angegebenen Zeiten ist zwecklos.

Mitglieder, die von auswärts sind und die Eisenbahn benutzen müssen, werden bevorzugt abgefertigt.

Zu beachten ist, daß der behandelnde Arzt im Krankenschein die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt haben muß. 386

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leuna (Kr. Merseburg).

Theater- und Masken-Kostüme
Zeugner & Riedel
Inhaber: **Gebhardt** (vorm. Gottschalk) 203
Halle a. S., Ob. Leipziger Str. 61/62 (Hof 2 Tr.)

Für Obhausen
(Kreis Querfurt) wird eine
Volksblatt-Austrägerin
gesucht. Meldungen richte man an den bisherigen Austräger **Otto Mäder.**
Verlag Volksblatt GmbH.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270126-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Januar 1927.

SPD., Ortsverein Halle.

Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße 27,

Jahres-Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Wahlen.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Der Vorstand. J. A.: C. Schaumburg.

Bilder der Not.

Auch ... Solidarität!

Ein kleiner Betrieb. Stiller Geschäftsgang! Beschäftigt nur noch einen Arbeiter. Genügt für die Bewältigung der Arbeit.

Vor Wochen wurde ein junger Arbeiter, halb Lehrjunge und halb Geselle, wegen Arbeitsmangel entlassen. Bitter!

Erscheint nun eines Tages in der Wohnung des Betriebsinhabers die Mutter des entlassenen Jungen und bittet um Wiedereinstellung ihres Sohnes. Begreiflich! Jeder versucht die Zeit der Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich zu verkürzen. Wenn es nicht anders geht, dann ... mit allen Mitteln!

So auch hier! Zuerst höfliche Anfrage, ob der Junge doch nicht mehr eingestellt werden könnte. Trotz des stillen Geschäftsganges.

Der Betriebsinhaber muß verneinen! Der Geschäftsgang erlaubt es nicht. Bitter für die Arbeiterfrau!

Doch was tut sie? Geht sie sorgenvoll fort, erkennt das Unerbittliche und Unabänderliche? Nein! Sie bleibt und redet und redet auf den Geschäftsmann ein, bittet und bittet, und macht dann zuletzt einen Vorschlag. Welchen?

Den noch beschäftigten älteren Arbeiter zu entlassen, und dafür ihren jüngeren Sohn einzustellen, der um wesentlich geringeren Lohn arbeiten würde! Wäre auch ein günstiger Ausweg für den Geschäftsmann in seiner jetzigen Bedrängnis!

Aufrechte Proletarier bezeichnen diese Schmierfinkerei nur als gemeinste Handlung am anderen Arbeiter. Der auch gegen Not und Armut zu kämpfen hat! Wie gesagt, auch ... Solidarität! Noch gibt es Lumpenproletarier! Gewiß: Wir verstehen sie und ihre Handlungen, die nur aus bitterster Not wachsen! Trotzdem: Pfui!

Was tat der Geschäftsmann? Ging er auf den Vorschlag ein, der ihm einen Vorteil gebracht hätte? Nein!

Er war gerechtdenkend genug, um die Mutter des aus Arbeitsmangel entlassenen Jungen abzuweisen und sie auf das Unsoziale ihres Verhaltens aufmerksam zu machen!

Hätte ein anderer Arbeitgeber auch so gehandelt? Wenige!

Not und Armut und Elend führen selbst zur Lockerung der so notwendigen proletarischen Disziplin! Retten wir uns aber diese Disziplin und Solidarität!

K. D.

Kleinstwohnungen.

Errichtung von Neubauwohnungen mit Hauszinssteuerhypotheken.

Vom Magistrat wird uns geschrieben: Wie der Regierungspräsident (Bezirkswohnungskommissar) bekanntgibt, zwingt die wirtschaftlich schwache Lage der meisten Wohnungsuchenden dazu, den Bau von Kleinstwohnungen mehr als je zu fördern. Bei einer Wohnfläche von über 70 Quadratmeter ist die Verzinsung der aufgewendeten Kapitalien für viele Bauherren bzw. Wohnungsuchende nur sehr schwer tragbar, so daß es sich empfiehlt, für die finanzschwachen Kreise nur Kleinstwohnungen von etwa 40 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche zu erstellen, wobei jedoch zweckmäßigerweise von vornherein die spätere Erweiterungsmöglichkeit nach Beseitigung der Wohnungsnot ins Auge zu fassen sein wird. Diese spätere Erweiterung kann bestehen in 1. Anbauten an einen Kernbau notwendigster Abmessungen bei Einfamilienhäusern; 2. Einbau von Kammern im zunächst freigelassenen Dachgeschoß bei Einzel-, Doppel- oder Reihenhäusern; 3. in der Zusammenfassung der zunächst voneinander getrennten Erd- und Dachgeschoßwohnungen zu einer größeren Wohnung in Zweifamilien-, Doppel- und Reihenhäusern und 4. in der Zusammenziehung zweier Kleinstwohnungen, die an demselben Treppenpodest liegen zu einer größeren Wohnung bei zwei- oder mehrgeschossigen Häusern. Hierbei ist besonders die Anlage der Flure zu beachten. Besonders wichtig ist bei allen diesen Lösungen die richtige Stellung des Gebäudes auf dem Grundstück zu den Himmelsrichtungen.

Arbeiterzugverkehr Halle—Eisleben.

Zur Durchführung der umfangreichen Bauarbeiten im Leunawerk sind auch aus dem Mansfelder Seekreis und der Stadt Eisleben zahlreiche Arbeiter, insgesamt etwa 1000, durch das dortige Arbeitsamt vermittelt worden. Die Eisenbahnverbindungen zwischen Eisleben und Halle bzw. Leuna waren aber bisher derart ungünstig, daß die Arbeiter eine unverhältnismäßig lange Zeit auf ihren Abtransport zu warten gezwungen waren. Durch Verhandlungen der Behörden hat sich die Reichsbahndirektion zur Einlegung von ihrer Zügen bereit erklärt, die seit Montag auch verkehren. Sie fahren: ab Eisleben täglich 3.45 früh und 11.58 nur an Werktagen, ab Halle nach Eisleben 7.22 vorm. an Sonntagen, werktags 7.31 früh und 3.10 nachm. Der genaue Fahrplan ist in der Nr. 18 des „Volksblatt" abgedruckt.

Ferngas aus Braunkohle.

Nach Beendigung der technischen Vorarbeiten für die Braunkohlenvergasungsprojekte, hat sich wie berichtet wird eine A.-G. für Braunkohlengasversorgung gebildet der die führenden Braunkohlenwerke Mitteldeutschlands angehören. Die Riebeck-Montanwerke, die J.-G.-Farbenindustrie, ferner Wiersichen-Weißenfels und die zum AMG.-Konzern gehörende Leopoldgrube gehören der Gesellschaft an. Auch die Kontinentale Gasgesellschaft in Dessau dürfte an dem neuen Unternehmen beteiligt sein. Wie verlautet, hat man auf Grund der bisherigen Versuchsergebnisse annehmen, daß 1 Tonne Braunkohle 120 cbm Gas liefert.

Reichswohnungszählung.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß, die Wohnungszählung in allen Gemeinden vorzunehmen und auch die Zahl der Wohnungsuchenden einschließlich der Werkswohnungen auf dem Lande feststellen zu lassen. Die Kosten werden gegen die Regierungsvorlage verdoppelt. Der Beschluß des Ausschusses bedeutet, daß jetzt **in 62800 Gemeinden Wohnungszählung erfolgen** soll, während sie sich nach der Regierungsvorlage nur auf 3800 Gemeinden erstrecken sollte.

O, diese Justiz!

Kommt da am 26. Februar 1926 eine Unschuld vom Lande, die damals 21jährige Arbeiterin Hilda B. aus Strenz-Naundorf zum Herrn Amtsrichter in Alsleben, um für ihr Kind den Vater zu verklagen, der auch wieder nicht das richtige Verständnis für Vaterfreuden aufbrachte. So kam es, daß Hilda auch von dem Richter nach dem Verkehr mit gewissen anderen Jünglingen befragt, solchen zugab. Die Demunzierten begehrten auf, und der

Die Polizei, die regelt den Verkehr.

Die Verkehrsregelung auf dem Riebeckplatz

vollzieht sich nach den Mitteilungen des Polizeipräsidiums nach folgendem Schema:

Auf dem Riebeckplatz ist eine Verkehrskanzel mit einem Verkehrsregler aufgestellt worden, der seit einiger Zeit in Betrieb genommen worden ist. Der Verkehrsposten regelt nunmehr den Verkehr mit Hilfe des Verkehrsreglers in folgender Weise:

Der Verkehrsregler zeigt zwei weiße, rot umränderte Richtungsarme, über denen zeitweise ein Achtungszeichen in Gelb mit rotem Rande erscheint. Zeigen die Richtungsarme in die Längsrichtung eines Straßenzuges, z. B. Delitzscher Straße — Leipziger Straße, so können

Fahrzeuge jeder Art

(darunter fallen auch Handwagen und Radfahrer, letztere auch wenn sie ihr Fahrrad führen) in Richtung Leipziger Straße — Delitzscher Straße und umgekehrt den Riebeckplatz passieren. Auch die Fahrzeuge, welche aus dieser freigegebenen Richtung nach rechts einbiegen wollen, z. B. aus der Delitzscher Straße in die Magdeburger Straße, können frei fahren.

Für die Fahrzeuge, die nach links einbiegen wollen, um zum Beispiel aus der Delitzscher Straße in die Merseburger Straße zu gelangen, gilt bei Freigabe der Richtung Delitzscher Straße — Leipziger Straße folgende Weisung: Die Fahrzeuge müssen so weit nach rechts — im vorliegenden Fall nach der Magdeburger Straße zu — herausfahren und in Höhe der Verkehrskanzel halten bleiben, daß die in der freigegebenen Richtung fahrenden Fahrzeuge ungehindert links an ihnen vorbeifahren und auch die rechts um die Ecke fahrenden Fahrzeuge hinter ihnen durchfahren können.

Alle Fahrzeuge, welche in der gesperrten Richtung, also, um bei dem Beispiel zu bleiben, von der Magdeburger oder Merseburger Straße her, sich dem Riebeckplatz nähern, müssen, ganz gleich ob sie geradeaus fahren bzw. nach links oder rechts einbiegen wollen, hinter der Baufluchtlinie halten bleiben.

Gibt nun der Verkehrsposten das gelbe Achtungszeichen, wobei die weißen Richtungsarme in der bisherigen Richtung des Straßenzuges Delitzscher Straße — Leipziger Straße verbleiben, so haben alle Fahrzeuge, die sich noch nicht auf der Kreuzung des Riebeckplatzes befinden, also auch die aus der bisher freigegebenen Richtung herannahenden, an den Straßenecmündungen so zu halten, daß das vorderste Fahrzeug hinter der Baufluchtlinie bleibt.

Alle auf der Kreuzung befindlichen Fahrzeuge haben bei Erscheinen des Achtungszeichens den Platz zu verlassen, also sowohl diejenigen, welche in der bisher freigegebenen Richtung Delitzscher Straße — Leipziger Straße sich schon auf der Kreuzung befanden, als auch die Fahrzeuge, die, rechts herausgefahren, gewartet haben, um nach links einbiegen zu können.

Das gelbe Achtungszeichen kündet also den bevorstehenden Richtungswechsel an und bedeutet für alle auf der Kreuzung befindlichen Fahrzeuge „Platz frei machen", für die in den einmündenden Straßen herannahenden „Halten"!

Ist nunmehr die Kreuzung des Riebeckplatzes von allen Fahrzeugen frei, so dreht der Verkehrsposten die weißen Arme des Verkehrsreglers in die nunmehr freizugebende Richtung, also in dem angenommenen Falle in die Richtung des Straßenzuges Magdeburger Straße — Merseburger Straße, und gibt diese durch Verschwindenlassen des gelben Achtungszeichens frei. Nunmehr können die Fahrzeuge in der freigegebenen Richtung anfahren und der Verkehr wickelt sich in der eben erläuterten Weise weiter ab. Bei der Regelung des

Straßenbahnverkehrs

wird nach denselben Grundsätzen verfahren, wobei jedoch beim Linkseinbiegen der Straßenbahn natürlich nicht verlangt wird, daß sie, wie die übrigen Fahrzeuge, auf der Kreuzung halten bleibt. Im übrigen gilt aber auch für die Straßenbahn die Grundregel, daß aus der gesperrten Richtung nicht ausgefahren werden darf. — Auch die

Fußgänger

sollen sich nach den Zeichen des Verkehrsreglers richten. Sie sollen die Kreuzung nur rechtwinklig und jedesmal nur in der freigegebenen Richtung überschreiten. Ist also der Straßenzug Leipziger Straße — Delitzscher Straße für den Fahrzeugverkehr freigegeben, so können auch die in der gleichen Richtung laufenden Fußgängerübergänge über die Magdeburger Straße—Merseburger Straße passiert werden. Wird das Achtungszeichen gegeben, so soll die Kreuzung von Fußgängern nicht mehr betreten werden. Es soll erst abgewartet werden, bis die neue Richtung freigegeben ist, in welcher dann gegangen werden kann.

Will ein Fußgänger von einer Ecke nach der diagonal gegenüberliegenden Ecke gelangen, also z. B. von der „Goldenen Kugel" zum „Mostthäuschen", so darf er nicht den für ihn kürzesten Weg mitten über die Kreuzung wählen. Er muß vielmehr den zwar einige Schritte weiteren, dafür aber gefahrlosen Weg im rechten Winkel, also von der „Goldenen Kugel" zum „Hotel Europa" und von dort zum „Mostthäuschen", gehen. Natürlich können beide Strecken erst überschritten werden, wenn sie für den Fußgängerverkehr, wie vorstehend erläutert, freigegeben sind.

Beim Herannahen der Feuerwehr oder des Ueberfallkommandos werden die beiden weißen Richtungsarme des Verkehrsreglers heruntergeklappt und nur die gelben Arme des Achtungszeichens gezeigt. Auf dieses Zeichen ist die Kreuzung von allen Wegebenutzern für die Durchfahrt der Feuerwehr- oder Polizeifahrzeuge sofort freizugeben.

Die Schmidtsche Villa, Am Kirchtor 7.

die durch Stadtverordneten-Beschluß für den Kinderhort Verwendung finden soll.

Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter.

Für ausländische Arbeiter und niedere Hausangestellte ist seitens der Arbeitgeber für das Jahr 1927 die Arbeiterlegitimierung bis spätestens zum 28. Februar in dem für den Ort der Arbeitsstelle zuständigen Polizeirevier zu beantragen. Die für das Jahr 1926 erteilten Befreiungsscheine haben mit Ablauf des Jahres 1926 ihre Gültigkeit verloren. Der Antrag auf Umtausch der ungültigen Befreiungsscheine hat in dem für den Wohnsitz des Arbeitnehmers zuständigen Polizeirevier bis spätestens den 28. Februar zu erfolgen. Bei Stellung des Antrages auf Erteilung der Legitimationskarte oder auf Umtausch des Befreiungsscheins ist die vorjährige Legitimationskarte bzw. Befreiungsschein oder ein amtliches Papier des Arbeitnehmers (Paß, Paßersatz, Heimatschein, Geburtsurkunde) vorzulegen. Die Legitimationsgebühren, die der Arbeitgeber zu tragen hat, betragen 3 Mk. Bei verspätet gestellten Anträgen erhöhen sich die Gebühren auf 7 Mk. Die Gebühren für den Befreiungsschein betragen 50 Mk. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß vom Arbeitgeber die Entlassung eines ausländischen Arbeiters oder dessen eigenmächtiges Verlassen der Arbeitsstelle der Ortspolizeibehörde sowie der Deutschen Arbeiterzentrale, Landesstelle Halle, Dorotheenstraße 8, innerhalb drei Tagen anzuzeigen ist.

Verlegung zweier Polizeireviere in die Reilkaserne. Wie uns der Polizeipräsident mitteilt, werden die Polizeireviere 7 und 9 (Klosterstraße 6 bzw. Ludwig-Wucherer-Straße 80) mit dem 1. Februar in die Polizeiunterkunft Nord (ehemalige Reilkaserne), Reilstraße 128, verlegt. Infolge des Umzuges bleiben diese Polizeireviere vom 31. Januar 1 Uhr nachmittags bis 1. Februar 3 Uhr nachmittags für jeden Publikumverkehr geschlossen.

Sonderausstellung im Provinzialmuseum am Wettiner Platz. Innerhalb des Gebietes des Zweckverbandes Leuna wurden in der letzten Zeit besonders wichtige vorgeschichtliche Funde gemacht. Auf Veranlassung des Zweckverbandsvorsitzenden wird die Landesanstalt für Vorgeschichte in Halle (Provinzialmuseum der Provinz Sachsen), Richard-Wagner-Straße 9/10, für Sonntag, den 6. Februar, eine Sonderausstellung der Rössener und Leunaer Funde veranstalten, zu der um 10 Uhr vormittags besonders geführt wird. Alle Freunde vorgeschichtlicher Forschung werden zum unentgeltlichen Besuch dieser Ausstellung eingeladen. (Siehe Anzeige!)

Oeffentlicher Vortrag über die Grundschule. Aus Anlaß der hallischen Grundschultagung findet am Donnerstag, dem 27. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des Reformrealgymnasiums (Friesenstraße) ein öffentlicher Vortrag des Herrn Schulrats Kasse (Halle) über die Grundschule statt. Dieser Vortrag wird sicher für alle Eltern, deren Kinder die Grundschule besuchen bzw. besuchen werden, von großem Interesse sein. Der Eintritt ist frei.

Eine unbekannte männliche Leiche im Alter von etwa 50 bis 55 Jahren, die 6 bis 8 Wochen im Wasser gelegen haben kann, wurde gestern früh 8 Uhr am Johannes-Bad aus der Saale gelandet. Der Tote ist 1,52 Meter groß, hat dunkles Haar, blonden Schnurrbart und trägt schwarzes Jackett, braune Manchester-Hose, weißes Barchenthemd mit dünnen blauen Streifen, blau- und schwarzgestreifte Arbeitshose, weiße Unterbeinkleider, graue Strümpfe und weißes gestricktes Vorhemd von Baumwolle. Wer über den Toten Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminal-Direktion zu melden, wo ein Lichtbild ausliegt.

Das letzte Mittel. Gestern gegen 12¾ Uhr mittags wurde oberhalb der Schwanenbrücke die Leiche einer aus der Heilanstalt Nietleben entwichenen Frau aus der Saale angeschwemmt.

Von der Straße. In der Magdeburger Straße wurde ein achtjähriges Mädchen von einem in übermäßig schnellem Tempo fahrenden Radfahrer angefahren. — Am Nachmittag rückte die Feuerwehr nach der Delitzscher Straße aus, wo ein Pferd einer hiesigen Kohlenfirma gestürzt war. Durch die Feuerwehr wurde das Tier wieder auf seine vier Beine gestellt.

Zoologischer Garten. Heute abend 8 Uhr Erstaufführung des Ufa-Filmes „Die Wunder des blauen Golfes". Einzigartige Aufnahmen vom Leben der Meerestiere und herrliche Landschaftsbilder. — Zum 13. Symphonie-Konzert am Donnerstag gelangen mit verstärktem Orchester von Smetana die symphonischen Dichtungen „Wischrad" aus „Böhmens Hain und Flur" und „Moldau" von Richard Wagner, Ouvertüre und Bacchanale aus Tannhäuser in der Pariser Bearbeitung, und von Richard Strauß „Tod und Verklärung" zur Aufführung.

Walhalla-Theater. Wegen anderweitiger Verpflichtungen ist es nicht möglich, das Gastspiel der Revue „Die bunte Tüte" zu verlängern, welche allabendlich einen beispiellosen Erfolg erzielt. Die letzte Vorstellung findet unwiderruflich am Sonntag statt.

Aus dem Saalkreis.

Ammendorf. Protest, Protest! Der Preußische Staatsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung Kenntnis von dem Beschluß der preußischen Staatsregierung, die Polizeiverwaltung der Landgemeinden Ammendorf und Gutsbezirk Beesen der staatlichen Polizei in Halle anzugliedern. Dem Protest der drei Kommunisten wurde keinerlei Beachtung geschenkt. Aber man hat wieder einmal protestiert, und das ist doch die Hauptsache!

Könnern. Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei war ein Beweis dafür, daß es vorwärtsgeht. Der Vorsitzende gab einen Rückblick über das verflossene Jahr. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, trotz Erwerbslosigkeit war es wiederum möglich, eine stattliche Anzahl neuer Streiter für den Sozialismus zu gewinnen. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Mitgliederbewegung ist es vorwärts gegangen; auch dem „Volksblatt" wurde eine stattliche Zahl neue Leser zugeführt. Auch der Kassierer, Genosse Neubert, konnte in seinem Bericht eine Besserung der Finanzen mitteilen, ebenfalls hat die Arbeiterwohlfahrt Hervorragendes geleistet, wie aus dem Bericht der Genossin Ecke hervorging. Die Aussprache, in der auch Genosse Petsch (Halle) die Befriedigung über das rege Leben in unserem Ortsverein zum Ausdruck brachte, zeigte volle Einmütigkeit über die Tätigkeit des Ortsvereins auf organisatorischem, sowie auf dem Gebiete der Kommunalpolitik. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurden die Wahlen vorgenommen. Einstimmig wiedergewählt wurden die Genossen Schlüter: 1. Vorsitzender, Albrecht: 2. Vorsitzender, Neubert: Kassierer, Petersohn: Unterkassierer, Breiter: Schriftführer und Genossin Ecke als Beisitzer; neu hinzugewählt sind die Genossen Homann und Lenff als Beisitzer, Revisoren sind die Genossen Winter und Völke. Dann trat die Versammlung in die Beratung der Anträge zur Unterbezirkskonferenz ein. Nachdem noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, fand die gut besuchte Versammlung durch Absingen des Sozialistenmarsches ihr Ende.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192701 26-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Der Provinziallandtag einberufen.

Verlängerte Sitzungsdauer.

Merseburg, 25. Januar.

Laut Erlaß der preußischen Staatsregierung sind die Abgeordneten des Provinziallandtages für Dienstag, den 22. März, vormittags 11 Uhr, nach Merseburg zu der diesjährigen ordentlichen Landtagstagung einberufen worden. Sie wird voraussichtlich länger dauern als alle vorhergegangenen, da allein die Verlegung der Provinzialverwaltung sowie einige andere wichtige Vorlagen erhebliche Zeit in Anspruch nehmen werden. Auch einige Wahlen sind vorzunehmen. Auf Grund des Ueberalterungsgesetzes scheiden am 1. April aus dem Dienste: Geheimer Regierungsrat Mölle, Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, ferner der Landesrat Geheime Regierungsrat Hennicke, der gleichzeitig Stellvertreter des Landeshauptmanns im Landesdirektorium ist, ferner der Landesrat Ruprecht, der Dezernent für das gesamte Hochbauwesen der Provinzialverwaltung. Vereinbarungsgemäß ist eine Ausschreibung dieser drei durch den Landtag zu besetzenden Stellen nicht erfolgt, da sich der Landeshauptmann um die Herbeiführung eines Kompromisses unter den hauptsächlich in Frage kommenden Parteien bemüht.

Der Sangerhäuser Hypothekenstandal.

Bewilligung der Hauszinssteuerhypothek an Sparkassendirektor Richter zu Unrecht erfolgt.

Sangerhausen, den 24. Januar 1927.

In der schon wiederholt besprochenen Hauszinssteuerhypothekenangelegenheit Richter hat nunmehr der Minister für Volkswohlfahrt endgültig dahin entschieden, daß die Hypothek zu Unrecht bewilligt wurde. Damit hat eine Angelegenheit ihren Abschluß gefunden, über die sich mit Recht weite Kreise der Einwohnerschaft des Kreises Sangerhausen empörten. Der sozialdemokratischen Kreistagsfraktion ist es zu danken, daß Licht in das Dunkel dieser Sache gebracht wurde. Mit der Entscheidung des Ministers werden aber auch die üblen Angriffe der bürgerlichen Kreistagsfraktion gegen die Linke des Kreistags widerlegt. Herr Gerth verkündete noch auf dem Kreistag am 28. Juni 1926, daß die Angelegenheit untersucht sei und sich herausgestellt habe, daß die Angriffe der sozialdemokratischen Fraktion von A bis Z unbegründet seien. Im übrigen konnten sich die Gerth und Genossen nicht genug darin tun, immer wieder zu behaupten, daß die Angriffe der Linken nur eine parteipolitische Hetze seien, die jeder sachlichen Grundlage entbehren. Die Entscheidung des Ministers beweist nun, daß das Geschrei der Rechten nichts weiter bezweckte, als aus Unrecht Recht zu machen, weil es sich um einen der ihrigen handelte.

Der Minister hat weiter entschieden, daß von einer Rückforderung der Hauszinssteuerhypothek mit Rücksicht auf Ziffer 12 der Richtlinien für die Verwendung der Hauszinssteuermittel abgesehen werden soll. Ziffer 12 der genannten Richtlinien lautet: „Die Hypothek ist, abgesehen von den Fällen unter Ziffer 13, von seiten des Hypothekengebers unkündbar." Die Ziffer 13, auf die hier Bezug genommen wird, besagt, daß die Hypothek fällig wird und vom Tage der Zahlung mit 12 Prozent zu verzinsen ist, wenn der Empfänger das Gebäude nicht den Antragsunterlagen entsprechend ausführt und der Schuldner seinen sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommt. **Hierzu sei festgestellt, daß das Gebäude nicht den Antragsunterlagen entsprechend ausgeführt wurde.** Wenn der Minister trotzdem die Rückforderung nicht verlangt, so ist das sehr rücksichtsvoll, aber unseres Erachtens aus Gründen der gleichmäßigen Behandlung aller Siedler nicht richtig. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß Herr Richter von sich aus die Hypothek zurückzahlen wird, da er doch immer behauptet, daß er nichts wolle, was ihm nicht rechtlich zustehe. Herr Richter hat nun Gelegenheit, durch die Tat zu beweisen, daß dies zutrifft. Warten wir ab.

Wieder der schrankenlose Uebergang.

Die Reichsbahn zur Verkehrssicherung verpflichtet.

Vor dem Großen Schöffengericht in Torgau fand am Montag die Verhandlung gegen den Chauffeur Stamm des Herrn Dr. Platz aus Torgau wegen Eisenbahntransportgefährdung und Körperverletzung statt. Es handelt sich um einen Unfall, der sich am 9. April 1926 ereignete. Das Auto passierte an fraglichem Tage die Dahlener Straße am Uebergang bei der Schneidemühle, und zwar zu einer Zeit, als der fahrplanmäßige Zug schon durchgefahren sein mußte. Obwohl diese Stelle sehr unübersichtlich ist und einen lebhaften Verkehr aufzuweisen hat, befindet sich doch keine Schranke, obwohl eine solche leicht vom nahen Bahnhof Plückuff aus zu bedienen wäre. Der Wind und das unklare Wetter erschwerten die an sich geringe Orientierungsmöglichkeit. Obwohl im langsamen Tempo einherkommend, konnte der Angeklagte Stamm nicht vermeiden, mit dem verspätet durchfahrenden Zug in Berührung zu kommen. Nur seiner Achtsamkeit und seines in größter Gefahr überlegten Handelns ist es zu danken, daß ein größeres Unglück nicht eintrat. Obwohl also ein Verschulden der Reichsbahn mit vorlag, hatte sich der Kraftwagenfahrer vor Gericht zu verantworten. Nachdem eine Ortsbesichtigung stattgefunden hatte, ging die Verhandlung weiter. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht hingegen sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung wurde besonders hervorgehoben, daß **auch die Reichsbahn verpflichtet sei, eine ausreichende und genügende Sicherheit für den Verkehr zu gewährleisten.** Auf die Vernehmung von Sachverständigen und Zeugen wurde verzichtet.

So ist wieder einmal, und zwar an Gerichtsstelle, festgestellt, daß die Reichsbahn am verkehrten Ende spart. Ob das mit den hohen Gehältern der oberen Beamten zusammenhängt? Der Bahnhof Plückuff ist sowieso besetzt, und es ist daher ein leichtes, eine Schranke anzubringen, die von dort aus bedient werden kann. Warum geschieht das nicht?

Sangerhausen. Ein Preisausschreiben des Kreisausschusses. Um einen geeigneten Typ für die Durchführung des vom letzten Kreistag grundsätzlich beschlossenen Wohnungsbauprogramms zu erhalten, veranstaltet der Kreisausschuß ein Preisausschreiben. Es sollen bekanntlich Kleinwohnungen in der Größe von zwei Stuben und Küche mit dem notwendigen Zubehör geschaffen werden. Je vier solcher Wohnungen sollen in einem Doppelhaus eingebaut werden. Die besten Entwürfe werden mit Preisen in der Höhe von 500 und 300 Mk. prämiiert. Die Entwürfe sind bis zum 7. Februar einzureichen.

Artern. Parteibewegung. In der am Sonnabend, dem 22. Januar, stattgefundenen Parteigeneralversammlung erstattete der Vorsitzende Genosse Sauer den Jahresbericht, welcher ergab, daß von allen Funktionären rege Parteiarbeit geleistet worden ist. Die Mitgliederzahl wurde um 25 Prozent gesteigert. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, jedoch an Stelle des Kassierers Genossen Köhler, welcher die Wahl infolge Ueberlastung ablehnte, der Genosse Eckardt gewählt. Ueber die von den Genossen Weinreich und Sauer gegebenen Berichte von der Stadtverordneten- und Kreistagsfraktion setzte eine sehr lebhafte Diskussion ein, die vor allem die Verwaltungspraxis des Kreisarbeitsamtes scharf kritisierte. Es wird unseren Genossen im Kreistag und vor allem im Kreisausschuß zur Pflicht gemacht, dahin zu wirken, daß die bestehenden Mängel schnellstens beseitigt und abgestellt werden. Ferner wurde bekanntgegeben, daß durch Vermittlung der Bezirksleitung der Reichstagsabgeordnete Genosse Künstler (Berlin) demnächst in einer öffentlichen Versammlung referieren wird. Desgleichen wurde beschlossen, die von Genossen Hennig (Gera) angebotenen Lichtbildervorträge über „Japan Land und Leute" am 26. März 1927 halten zu lassen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, in der nächsten Vorstandssitzung des Unterbezirks darauf hinzuwirken, daß die Marken „Internationale" zukünftig auch von den Mitgliedern der übrigen Ortsgruppen geklebt werden. Die sehr gut besuchte Versammlung verlief sehr anregend und läßt auch für das neue Jahr den Schluß zu, daß sich alle Genossen wie bisher in den Dienst der Partei stellen werden.

Eilenburg. Wirtschaftsschule des ADGB. Der nächste Kursus findet am Sonntag, dem 30. Januar, in der Veranda der „Stadthalle" statt. Es wird das Arbeitsrecht behandelt. Am 16. Januar war unser Referent durch einen leichten Unfall verhindert. — Die Volksbühne hält am Freitag, dem 27. Januar, in der Veranda der „Stadthalle" eine Mitgliederversammlung ab. U. a. Vortrag des Regisseurs Erich Angelewski über „Hinter den Kulissen des Mitteldeutschen Landestheaters". Die nächste Theatervorstellung findet am Mittwoch, dem 9. Februar, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle" statt. Gespielt wird „Wilhelm Tell". Unterstütze jeder nach besten Kräften die Bestrebungen der Volksbühnenbewegung. — Ein leichtsinniger Motorradfahrer durchraste Montag mittag gegen 1 Uhr die Stadt und riß an der Kreuzung Torgauer Straße und Koramarkt das dreijährige Kind des Arbeiter Remus, Dübener Platz 2 wohnend, um. Es trug glücklicherweise nur leichte Verletzungen davon. Der Motorradfahrer kümmerte sich nicht um das Kind und raste weiter.

Torgau. Hygieneausstellung. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne veranstaltet in dieser Woche eine Ausstellung. Das Material ist so gut gewählt, daß sogar die „Torgauer Zeitung" sich nicht verschließen kann zu erklären, daß diese Arbeit Dienst am Vaterlande sei, mag man im übrigen zu der Kolonne stehen wie man will. Für die nächsten Abende sind besondere Vorträge eingelegt, die von Aerzten gehalten werden. Es finden folgende Vorträge statt: Mittwoch 8 Uhr Geschlechtskrankheiten, Heilung und Verhütung (nur für Erwachsene), 9 Uhr Säuglingspflege und richtige Behandlung des Kleinkindes (praktische Vorführung). Freitag 8 Uhr Tuberkulose und Erkrankung der Atmungsorgane, 9 Uhr Zahnkrankheiten und Zahnpflege. Sonnabend 8 Uhr Augenerkrankungen und deren Heilung, 9 Uhr Schulhygienische Fragen und die körperliche Erziehung des Schulkindes. Erfreulich ist, daß auch die Schulen dieser Ausstellung reges Interesse entgegenbringen und geschlossen erscheinen, ein Grund mehr für die Arbeiterschaft aus Stadt und Land, ein gleiches zu tun.

Eisterwerda. Parteiversammlung. Am Sonnabend hielt der Wahlverein seine Generalversammlung ab. Genosse Voigt gab als Vorsitzender einen Geschäftsbericht. Es haben im abgelaufenen Jahre 6 Mitgliederversammlungen stattgefunden. In der Werbewoche wurden 20 Leser des Parteiblattes gewonnen. Das geringe Interesse vieler Mitglieder für die Parteiangelegenheiten wurde sehr beklagt. Der Bericht des Kassenwarts ergab einen Bestand von 26,40 Mk. Der Vorstand wurde im großen und ganzen wiedergewählt. Genosse Köhlicke gab einen Ueberblick über die politische Lage und übte an der Parteileitung mancherlei Kritik. Für die Unterbezirkskonferenz wurde Genosse Wilhelm gewählt.

Kleinleipisch Gemeindeparlament. Am Freitag, dem 28. Januar, abends ½8 Uhr, findet im Gasthaus Heniel eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Die Tagesordnung umfaßt acht Punkte, darunter Ankauf und Ausbau eines Gemeindesportplatzes, Straßenbau und Kanalisation.

Raundorf bei Lauchhammer. Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hielt in der vorigen Woche ihre Generalversammlung ab. Nach den gegebenen Berichten hat die Ortsgruppe im letzten Jahr gute Arbeit geleistet. Einige 100 Anträge aus den Gebieten des Fürsorge-, Versorgungs- und Steuerwesens wurden fast immer erfolgreich bearbeitet. Die Mitgliederzahl hat sich auf 100 und darüber erhöht. Als Vorsitzender wurde W. Gröber und als Leiter der Schwerbeschädigtenstelle Kritzschmar gewählt. Für ein verstorbenes Mitglied sind von der Sterbekasse des Reichsbundes 75 Mk. überwiesen worden. Wie gelegentlich diese Einrichtung ist, beweist die Tatsache, daß der Verstorbene im Laufe seiner 14 monatigen Mitgliedschaft nur 2,80 Mk. Sterbegeldbeiträge gezahlt hatte.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 26. Januar 1927.

Jahres-Hauptversammlung der SPD

Am Sonntag, dem 30. Januar, nachmittags pünktlich um 2 Uhr findet im „Schützenhaus" in Merseburg unsere Jahres-Hauptversammlung statt. Tagesordnung: Vorstands- und Kassenbericht, Bericht der Arbeiterwohlfahrt, Bericht der SAJ., Neuwahlen, Wahlen der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz und Bezirksparteitag, Parteiangelegenheiten. Wir bitten um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt.

Mit Parteigruß:

J. A.: Paul Kämpf.

Geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit. In der Stadt Merseburg befanden sich in Erwerbslosenfürsorge am 22. Januar 427 Männer, 59 Frauen zusammen 486 Personen. Zuschlagsempfänger wurden 512. Notstandsarbeiter 15 gezählt. Im ganzen wurden betreut 1013 Personen gegenüber 1074 am 15. Januar.

Mittelschule Anmeldungen von Schülern und Schülerinnen für die 6. Klassen werden von Donnerstag, den 27. Januar, bis Sonnabend, den 29. Januar, von 11 bis 1 Uhr im Amtszimmer des Rektors in der Mittelschule, Schulstraße 3, angenommen. Infolge Erlöhung der Lehrziele nach den Bestimmungen vom 1. Juni 1925 können Mittelschüler und Mittelschülerinnen in Zukunft das Zeugnis der „Mittleren Reife" erreichen.

Das Kriegerehrenzeichen In den Merseburger Tageszeitungen wird die Fortsetzung der Sammeltätigkeit vom Denkmalsausschuß angekündigt. Danach müssen noch sehr viel von den Anhängern des Ausschusses die Adresse desselben vorweisen haben. Um noch die Gebefreudigkeit etwas zu heben, wollen für Beträge von 50 Mk. aufwärts „künstlerische" Stiftungsurkunden mit den Namen der Stifter ausgehändigt werden. In der Gebrauchsanweisung wird weiter den Vereinsvorständen empfohlen, den Baufonds aus dem Vereinsvermögen oder durch Sonderbeiträge zu unterstützen, wenn der Opfersinn der Mitglieder für den Bauteilverkauf nicht stark genug sein sollte! — Jedenfalls sind die vielen für den Krieg noch heute begeisterten Patrioten sehr schlechte Zahler, obgleich sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ihre nationale Brust mit dem Eisenblech schmücken. — Die Arbeiterschaft denkt sich eine Ehrung der Gefallenen eben etwas anders und lehnt diese Art Heldenehrung ab.

Nebra. Selbstmordversuch. Von einem Lastwagen überfahren wurde eine hiesige junge Frau aus dem Arbeiterstande. Unglückliche Familienverhältnisse ließen in ihr den Entschluß reifen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Die Verletzungen die sie erlitt, sind nicht lebensgefährlich. Sie fand im hiesigen Krankenhaus Aufnahme.

Gehofen. Zum Leichenfund. Die polizeilichen Ermittlungen über den Leichenfund bei Gehofen haben ergeben, daß der Tote, dessen verstörtes Wesen mehreren Leuten aufgefallen war, als er in Gehofen in einem Gasthofe weilte, sich in selbstmörderischer Absicht vor den abends 8 Uhr die Station Reinsdorf verlassenden Personenzug geworfen hat. Ta keinerlei Papiere oder sonstige Anhaltspunkte die zur Identifizierung führen könnten, gefunden wurden, hat man die Leiche mehrere Male photographiert.

Lademanns Erzählungen.

Der „Klassenkampf" und die Wahrheit.

„Dem Bezirksleiter des DMV. ins Stammbuch", so lautet die Ueberschrift eines gänzlich der Wahrheit widersprechenden Geschreibsels in der Sonnabend-Nummer des „Klassenkampf" über den Artikel des „Volksblatt": „Mobilisiert die Betriebe in der Metallindustrie." Lademann sieht in mir den Schreiber dieses Artikels. Ich fühle mich nicht veranlaßt, ihn eines anderen zu belehren, möchte aber doch im Interesse der Sache einiges von ihm gelinde gesagt, schief Dargestellte geraderücken. Er nimmt Bezug auf die Verhältnisse in Herzberg und sagt:

„R. behauptet, daß die Agitation für den KdVB. Verwirrung in die Reihen der Metallarbeiter gebracht habe. Diese Behauptung ist falsch. Die der SPD. angehörenden Arbeiter sind für revolutionäre Einheit. Der Bevollmächtigte, Kollege Plavius, konnte die Hetze gegen den KdVB. nicht verstehen. Er hatte bisher an die Bureaukratie geglaubt, er war und ist ein warmer Befürworter der proletarischen Einheitsfront. Seine Ehrlichkeit und sein Eifer wurden in den Dreck getreten; als er zurückt, daß Delegierte zum KdVB gewählt wurden, mußte er genau wie der 1. Bevollmächtigte der Verwaltung Wittenberg, Genosse Borsdorf, der seiner Funktion enthoben wurde, über die Klinge springen. Der Bureaukratismus und der Haß gegen die erstarkende Einheitsbewegung mußten ihre Opfer haben."

Was ist die Wahrheit? Der ehemalige Bevollmächtigte Kollege Plavius machte uns Meldung von den Treibereien in Herzberg wegen des Kongresses der Werktätigen und teilte mit, daß er deshalb seinen Posten als Bevollmächtigter niedergelegt habe. Daraufhin haben wir ihn schriftlich dringend ersucht, die Verbandsgeschäfte weiterzuführen, bis wir selbst nach Herzberg kämen, um die Angelegenheit ins reine zu bringen. **Wir haben später mit ihm persönlich Rücksprache genommen und ihm nahegelegt, sich unbedingt wieder zum Bevollmächtigten wählen zu lassen.** Er hat das abgelehnt und dafür das Amt eines Revisors in der nunmehr neugewählten Verwaltung angenommen. Also nicht wir haben ihn „über die Klinge" springen lassen, sondern **durch die Treibereien der Kommunisten hat er sich veranlaßt gesehen, die Leitung nicht wieder zu übernehmen.**

Und wie verhält es sich mit Borsdorf (Wittenberg)? Borsdorf hat, entgegen Verbandsbeschlüssen und Anweisungen des Vorstandes, die Besprechung des Kongresses der Werktätigen und die Wahl eines Delegierten in einer Mitgliederversammlung vornehmen lassen. Darauf kam es zum Ausschlußverfahren, und das Schiedsgericht kam zu dem einstimmigen Beschluß, Borsdorf auf ein Jahr aus den Versammlungen auszuschließen und ihn aufzufordern, demzufolge seinen Posten als Bevollmächtigter niederzulegen. **Also auch die Beisitzer Borsdorfs stimmten dafür und zwar: Georg Schumann (Berlin) und Otto Chemnitz (Roitzsch).**

Weiter heißt es: „Brotzig schreibt Köhler: 80 Prozent der Verwaltungen sind in den Händen der Amsterdamer. Sachte, sachte, nur nicht platzen." Es werden dann 10 Orte aufgeführt, die nach Angabe von Lademann in den Händen der Opposition sind und bleiben, darunter Torgau und Aschersleben. **Eine Verwaltung Torgau gibt es nicht mehr:** sie wurde am 1. Oktober vorigen Jahres aufgelöst und Ellenburg angegliedert, und über Aschersleben wurde vor kurzem im „Volksblatt" berichtet, daß dort **die letzten Kommunisten aus der Verwaltung herausgewählt wurden und zwar mit 205 gegen 110 Stimmen.** Bringt man diese zwei Orte von den aufgeführten in Abzug, dann wird es schon stimmen mit den 80 Prozent. —

Wie mit die Aussichten sind, daß die im „Klassenkampf" genannten Verwaltungen des DMV. in den Händen der Opposition sind und bleiben, ersieht man wohl am besten daran, daß **in Sangerhausen die kommunistische Verwaltung mit 13 Stimmen Mehrheit wiedergewählt wurde.** So unsicher wie in Sangerhausen liegt es für die sogenannte Opposition noch in verschiedenen anderen Verwaltungen. Man glaubt, diesen „Sieg" der sozialen Opposition in Sangerhausen in einem besonders glanzvollen Lichte erscheinen zu lassen, indem man schreibt: „Mößler erschien selbst. Kein Mittel scheute dieser Mann in der Hetze gegen die Kommunisten." Dabei wurden meine Vorschläge bezüglich der Wahl von der Versammlung ohne Widerspruch angenommen, und die Wahl selbst ging glatt ohne Debatte vor sich. Erst nach der Bekanntgabe des Wahlresultates kam es zu einer Aussprache, weil einige Kollegen „Bravo" riefen und ich ihnen sagte, sie hätten das lieber unterlassen sollen, weil gerade in Sangerhausen die Mehrheit von heute die Minderheit von morgen sein kann und die künstliche Erzeugung von Gegensätzen gerade im Interesse der Kollegenschaft nicht am Platze sei. Daß dabei einige Zwischenrufe schlecht abschmitten, lag an diesen selbst.

Ergötzlich ist auch die Beweihräucherung, die sich Lademann selbst angedeihen läßt, indem er über Eisleben schreibt:

„Eisleben ist heute leider nur eine kleine Zahlstelle. Lademann wird von Mößler durch den Dreck gezogen, er sei am Niedergang schuld. Mößler ins Stammbuch: Bis zur letzten Verhaftung Lademanns 1923 hatte er führende Position im DMV. und Kreiskartell Mansfeld. Eine glänzende und lebendige Gewerkschaftsbewegung war am Platze. Der DMV. hatte 996 Mitglieder, noch während der Inflation. Heute steht es sehr schlecht, trotzdem Kollegen der Amsterdamer Richtung die Ortsverwaltung innehaben. Zu Lademann hatten und haben die Mansfelder Kollegen Vertrauen, die ehemals blühende Bewegung ist dafür Beweis."

Die Beurteilung der Tätigkeit Lademanns in Eisleben überläßt man am besten den dortigen Metallarbeitern selbst, sie kommt zu zum Ausdruck durch die mitderdrückender Mehrheit erfolgte Wahl der Amsterdamer Richtung. Aber, nebenbei bemerkt, die von L. angegebene frühere Mitgliederzahl stimmt ebenfalls nicht. Die jetzige wiedergewählte Verwaltung gibt sich alle Mühe, um Wiederaufbauarbeit zu leisten. Sie konnte auch in ihrer Generalversammlung von Erfolgen berichten. Es geht langsam, aber sicher vorwärts, anders als in Hettstedt, wo die Freunde von Lademann in der Verwaltung sitzen. —

Den Volksblatt-Lesern ist auch aus den Berichten von Merseburg bekannt, daß der „Klassenkampf" die Niederlage der Kommunisten in der Verwaltung Merseburgs zu bemänteln suchte, indem man schrieb, 80 Hochschüler hätten an der Ortsverwaltungswahl teilgenommen. Gemeint sind damit die Kursusteilnehmer an der Wirtschaftsschule des DMV. in Dürrenberg. Es kommt hier der Kursus für die Chemische Industrie in Frage, an welchem überhaupt nur 38 Kollegen teilgenommen haben. Sämtliche Schüler waren am Tage der Wahl der Ortsverwaltung Merseburg unter Führung eines Lehrers in Naumburg. Die Schüler selbst haben sich über diese Unwahrheit und über die Bezeichnung „Hochschüler" sehr entrüstet. Der Höhrerrat beschloß, dem „Klassenkampf" eine Berichtigung zu übersenden, aber die Lehrer haben davon abgeraten, unter Hinweis darauf, wie es solchen Berichtigungen ergeht. Die anwesenden kommunistischen Kollegen haben ebenfalls ersucht, davon Abstand zu nehmen, mit dem Versprechen, sich selbst an den „Klassenkampf" zu wenden. **Das ist auch geschehen, aber die Redaktion des „Klassenkampf" hat keine Notiz davon genommen und die falschen Angaben nicht widerrufen.**

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auch gegen eine Unwahrheit wenden, die in dem Bericht über die Generalversammlung der Verwaltung Halle in der Montagnummer des „Klassenkampf" zum Ausdruck kommt. Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, Stellung zu nehmen zu dem für die kommunistische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270126-11/fragment/page=0006

Oeffentlichkeit zurechtgestutzten Bericht des Kollegen Lüttich, auch nicht zu der entstellten Wiedergabe der Rede des Kollegen Taumel, vielmehr ist es mir darum zu tun, die Verwaltungen des Bezirks in Schutz zu nehmen, deren Tätigkeit in nachstehenden Sätzen herabgewürdigt wird: „Trotz Gewerbslosigkeit und Abwanderung der Metallarbeiter von Halle ist die Mitgliederzahl gehalten worden. Halle, wo die vielgeschmähte Opposition die Führung hat, ist die einzige große Verwaltung des Bezirks, die ihren Mitgliederstand hielt. Dieser Erfolg, die Grundlage für künftiges Erstarken der Organisation, ist der selbstlosen Arbeit der Betriebsfunktionäre zu verdanken."

Wie steht es in Wirklichkeit? Eine Abwanderung der Metallarbeiter von Halle kommt überhaupt nicht in Frage, die Verwaltung Halle des DMVB. ist diejenige innerhalb des Bezirks Halle, die die geringste Arbeitslosenziffer aufweist, was seine Erklärung darin findet, daß Erweiterungsbauten des Leunawerkes in Frage kommen und dadurch die Einstellung sehr vieler Metallarbeiter. Man könnte nicht von Abwanderung, sondern von Zuwanderung reden, und trotzdem hat Halle im Jahre 1926 eine kleine Abnahme von zwölf Mitgliedern zu verzeichnen. Betrachten wir einmal die größeren Verwaltungen. Magdeburg, welches sehr stark unter der Arbeitslosigkeit leidet, hat eine Zunahme von über 200 Mitgliedern und sogar Dessau, wo durch den bekannten Zusammenbruch der Junkers-Werke im vorigen Jahre sehr viele früher von auswärts zugezogene Metallarbeiter wieder abwanderten, hat eine Zunahme von 29 Mitgliedern, die Verwaltung Burg, 219, Schönebeck 60, Zeitz 104, und so fort. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß die Verwaltung Halle gegenüber der Vorkriegszeit — und zwar das vierte Quartal 1918 zu Grunde gelegt — heute noch genau 1005 Mitglieder weniger hat, wohingegen alle anderen Verwaltungen des Bezirks Halle gegenüber der Vorkriegszeit eine erheblich stärkere Mitgliederzahl aufweisen können. So hat Burg 657, Dessau 3664, Magdeburg 1559 Schönebeck 1218 und Zeitz 1585 Mitglieder mehr. Hieraus ist also ersichtlich, daß andere Verwaltungen viel günstiger dastehen als Halle, und daß hier sehr viel zu tun übrig bleibt, um überhaupt einmal bezüglich der Mitgliederzahl den Vorkriegsstand zu erreichen, geschweige denn wie andere Verwaltungen weit darüber hinauszukommen.

Ob die von mir gemachten Feststellungen wohl dazu angetan sind, daß man auf der anderen Seite nun aufhört, unwahre Behauptungen in die Welt zu setzen? Ich zweifle daran, aber letzten Endes hat ja Lademann als Mitglied des DMVB. und insbesondere als Funktionär Verpflichtungen gegenüber der Organisation, und er sollte es nun endlich unterlassen, Dinge zu inszenieren, die innerhalb der Organisation wie Sprengpulver wirken und das bisherige gute Einvernehmen der Verwaltungen untereinander nicht fördern, sondern stören. Den Schaden haben die Kollegen innerhalb des Bezirks, und die lachenden Dritten sind die Metallindustriellen.

W. Rößler.

Sozialpolitik gegen die Gewerkschaften.

Achtstundentag trotz alledem!

Die Abwürgung der Achtstundentag-Bewegung — das ist das ganze Geheimnis der Regierungskrise. Der gemeinsame Kampf der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften um das Notgesetz zur Verkürzung der Arbeitszeit ging den Scharfmachern im Unternehmerlager auf die Nerven. Um die gewerkschaftliche Kampffront, die in den Parlamenten Schritt für Schritt an Terrain gewann, zu sprengen, wurde von der Deutschen Volkspartei die Regierungskrise entfesselt. So paradox es klingt: Sozialpolitik gegen die Gewerkschaften!, das ist der Sinn des Bürgerblocks. Schon enthält die Proklamation des Zentrums kein Wort mehr vom Achtstundentag, geschweige denn vom Notgesetz, obwohl beides von den christlichen Gewerkschaften als dringliche Forderung hingestellt worden ist. Daß das „Regierungsprogramm", die Brücke für die Rechtsparteien, vom Achtstundentag und vom Notgesetz kein Wort spricht, versteht sich von selbst.

Der Schrei nach dem Achtstundentag der Schrei der Arbeitslosen nach dem Notgesetz zur Bekämpfung des Ueberstundenwesens wird vom Bürgerblock nicht erfüllt werden. Lauter noch, eindringlicher noch wird dieser Schrei die Oeffentlichkeit alarmieren, so lange alarmieren, bis dem ruchlosen Skandal, daß die eine Hälfte des Arbeitsvolks das bittere Brot des Erwerbslosen essen muß, weil die andere gezwungen wird, in übermäßig langer Arbeitszeit zu schuften, ein Ende gemacht ist. Die Statistiker der Reichsarbeitsverwaltung können noch sechs Wochen an dem Urmaterial der amtlichen Erhebung über die Arbeitszeit herumrechnen, sie werden die Schande des Ueberstundenunwesens nicht hinwegrechnen können. Es ist bezeichnend, daß diese amtliche Erhebung über die Arbeitszeit, die eigentlich schon zwischen Weihnachten und Neujahr abgeschlossen war, bis jetzt noch immer nicht veröffentlicht worden ist. Warum läßt die Veröffentlichung so sehr auf sich warten? Was die Gewerkschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit feststellen konnten, das zu ermitteln wird doch schließlich auch den amtlichen Stellen im Verlauf von bald zwei Monaten möglich sein. Wie verlautet, sind zur besseren Auswertung des Urmaterials neue umfangreiche Umrechnungen mit Tausenden von Multiplikationen vorgenommen worden. In den nächsten Tagen soll nunmehr das Ergebnis der Erhebung der Oeffentlichkeit unterbreitet werden.

Warum soviel Umständlichkeiten? Die Oeffentlichkeit will endlich restlose Klarheit über den Ueberstundenmißbrauch. Schließlich werden auch die amtlichen Feststellungen aus Schwarz nicht Weiß machen können. Wir wetten 100 gegen 1: die Erhebung wäre längst veröffentlicht, wenn ihr Ergebnis die Feststellungen der Gewerkschaften widerlegt hätte. Graut den amtlichen Stellen vor der Veröffentlichung? Fürchtet man, daß die amtlichen Ziffern dem Kampf um das Notgesetz neuen Antrieb geben?

Kündigung des Berliner Ueberzeitabkommens.

Die Vertrauensmänner und Betriebsobleute der Berliner Metallarbeiter beschlossen am Dienstag in einer gutbesuchten Versammlung gegen ganz wenige Stimmen, das im Jahre 1922 abgeschlossene Ueberzeitabkommen am 2. April zu kündigen. Der Beschluß erfolgte, ohne daß von der Organisation ein bestimmter Antrag an die Versammlung gestellt wurde.

Die berufliche Fortbildung jugendlicher Erwerbsloser

Der Reichsarbeitsminister hatte am 29. November v. J. in einem Rundschreiben an die Landesbehörden die Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche auf dem Gebiete der beruflichen Fortbildung einer besonderen Würdigung unterzogen. Nach der bisher herrschenden Praxis hatten die Gemeinden mindestens 50 Prozent der Kosten solcher Veranstaltungen zu tragen. Der Reichsarbeitsminister gab durch dieses Rundschreiben die Möglichkeit, sie zu mehr als 50 Prozent aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu finanzieren und erklärte sich bereit, „den entsprechenden Anteil auf Mittel des Reichs zu übernehmen". In dem soeben erschienenen neuen „Reichsarbeitsblatt" (Nr. 8) wird nun ein Bescheid des Reichsarbeitsministers an den badischen Minister des Innern vom 6. Jan. 1927 veröffentlicht, der geeignet ist, Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Er stellt nämlich fest, daß nicht beabsichtigt war, Reichsmittel über die zulässige Höchstgrenze (das sind 50 Prozent des täglichen Unterstützungssatzes pro Teilnehmer) zur Verfügung zu stellen. Das ist sachlich durchaus richtig, es hätte aber sinngemäß, da der Bescheid der Oeffentlichkeit unterbreitet wird, auf die anfangs erwähnte Bereitwilligkeit zur stärkeren finanziellen Unterstützung finanzschwacher Gemeinden (über 50 Prozent hinaus) aus Reichsmitteln hingewiesen werden müssen.

Mit diesem Hinweis soll für die Arbeitervertreter in Gemeinden und Arbeitsämtern erneut erwähnt werden, daß die Zuschüsse auch für die nichtunterstützungsberechtigten jugendlichen Teilnehmer an beruflichen Lehrgängen den Gemeinden zu zahlen sind.

Hallesches Gewerkschaftsleben.

Zum Konflikt in der „Habämfa".

Die Aussperrung in der „Habämfa" ist noch nicht beendet. Wohl hat ein Teil der Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufnehmen können, und eine weitere Anzahl Metallarbeiter werden im Laufe dieser Woche wieder eingestellt, aber es stehen noch immer zehn Kollegen außerhalb des Betriebes, die allem Anschein nach die Firma nicht wieder einstellen will. In den „Hallischen Nachrichten" sucht die Firma tüchtige Messermacher und sonstige Metallarbeiter, um die Stellen der noch Aussperrstehenden zu besetzen. Wir ersuchen die Metallarbeiter, Solidarität zu üben und den Betrieb zu meiden, bis die Firma die ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt hat.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 357.1).

Donnerstag: 3.30 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 5.15 Uhr: Mitteilungen fürs Haus und Verkehr. 6 Uhr: Neue Notierungen. 6.05 bis 6.30 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.30 bis 7 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 7 bis 7.30 Uhr: Staatlicher Diplom-Gartenmeister Hans Schmidt (Dessau): „Die Pflege der Zimmerpflanzen." 7.30 bis 8.20 Uhr: Alfred W. Heutz zum 50. Geburtstage. 8.30 bis 10 Uhr: Rilke-Feier. 10.15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.30 Uhr: Funkstille.

Königswusterhausen (Welle 1800).

Donnerstag: 2.30 bis 3 Uhr: Verhältnis des Aesthetischen und Sittlichen zum Praktischen (Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin). 3.30 bis 4 Uhr: Ministerialrat Schindler: „Der Jugendliche in der Wirtschaft und im Recht." 4 bis 4.30 Uhr: Regierungsrat Dr. Becker: „Die für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches neu errichteten Jugendämter und ihre Aufgaben." 4.30 bis 5 Uhr: Oberregierungsrat und Schulrat Lamne (Halle): „Das Prinzip der Anschauung bei Pestalozzi und seine Auswirkung in der neueren Pädagogik." 5 bis 5.30 Uhr: Prof. Dr. Karl Stählin: „Ueber Jacob von Stählin." 5.30 bis 6 Uhr: Ministerialdirektor Professor Dr. Richter: „Hochschulreform". 6 bis 6.30 Uhr: Oekonomierat Nagel: „Neuzeitliche Grünlandfragen." 6.30 bis 7 Uhr: Spanisch für Fortgeschrittene. 7 bis 8 Uhr: Dr. Erich Drach: Sprechstunde der Gegenwart: Aus dem „Odigamesch-Epos". 8 bis 8.30 Uhr: Alice Berend: „Reise nach London. Tagebuchblätter über das bürgerliche London von heute." 8.30 Uhr: Vortrag (Redner und Thema werden durch Rundfunk bekanntgegeben). 9 Uhr: Konzert des Koßleschen Blüserbundes. 10.30 bis 12.30 Uhr: Tanzorchester Ette.

Wetter-Voranzage

Donnerstag: Teils heiter, teils wolkig oder neblig, meist trocken, früh um Null, tagsüber gelinde.

Freitag: Teils heiter, teils neblig, trocken, früh leichter Frost, tagsüber gelinde.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für lokales und Kommunalpolitik: G. Kalvaret; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Fritz Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Hertzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Carl Müller
Brotfabrik und Weißbäckerei
Halle a. S.
Friedrichstraße 32 Ecke Mühlweg
Filiale: Oleariusstraße 4
Telephon 26728.

Hallesche Beerdigungsanstalt
PIETAT
Inh.: M. Burkel
Kleine Steinstraße 4. Telephon 26393.

Ohne Chlor! Ohne Wasserglas!
Das neueste selbsttätige Waschmittel
Steffi!
übertrifft Alles!
40 Pfg. / Garantierte Bleichwirkung! / 40 Pfg.

Wein-Essig · Tafel-Essig · Essigsprit
Mostrich · Speise-Oele
garantiert reine Gärungsprodukte, garantiert aus nur besten Rohstoffen hergestellt
empfehlen
Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. ◆ **Kohlmann & Co. G. m. b. H.**
Halle an der Saale, Torstraße 31, Telephon Nummer 21216
Halle an der Saale, Königstraße 46, Telephon Nummer 21498

Wie koche ich gut und sparsam?
Jeden Donnerstag, nachm. 3½ bis 5½, abends 7½ bis 9 Uhr, in der Schulküche der Talamtschule (Eingang Oleariusstraße)
Koch-, Brat- u. Backvorführungen
Jeder Kursus umfaßt 2 Nachmittage oder 2 Abende. Lehrreich und dabei kostenlos.
Anmeldung bei der
Verwaltung der Gas- und Wasserwerke
Telephon Magistrat 27 681. Unterplan 12.

Trinkt Dauer-Pasteurisierte Milch aus der Halleschen Molkerei
Glauchaer Straße 15/16
Das beste für Kinder, vollständig keimfrei, braucht nicht abgekocht zu werden.
Butter Sahne
Telephon 26374.
Zu haben an allen Milchwagen und in allen Filialen.

C. Klappenbach & Co.
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 41
Das Fachgeschäft für gute
Gummiwaren

A

Schubert
Spezialität
Sklerol-Brot
nach Dr. Senftner
D. R. P. 423 225, hergestellt mit Kieselsäure. Für Gesunde und Kranke gegen Lungentuberkulose u. Arterienverkalkung
Ueberall erhältlich
Auf Bestellung frei Haus
Gebr. Schubert, Halle a. S.
Großbäckerei u. Mühlenwerke
Telefon 26665 und 26675

Trinkt
Vater-Walther-Schnaps
Der reine alte Korn
1/1 Liter Mark 3,50 — 1/2 Liter Mark 2,—
Probekrug 60 Pfg.
Likörfabrik E. Walther, Halle-Trotha

Johannes Thurm, Halle a. S.
Glauchaer Straße 79
Telephon 26518 — — Gegründet 1863
empfiehlt
la Roßfleisch
und alle Wurstwaren

Honig- u. Lebkuchen
empfiehlt
E. Davids Honigkuchenfabrik
Florian Groß.

Herren-Wäsche
Oberhemden, weiß u. farbig, Trikotagen, Nachthemden, Schlafanzüge, Hosenträger, Sockenhalter, Strümpfe, moderne Krawatten.
Wäsche-Steinmetz
das Haus der guten Qualitäten
Leipziger Straße 8

W. F. Wollmer
Gegr. 1769 Gr. Ulrichstr. 6-8 Ruf 21361
Posamenten
Kleider- und Seidenstoffe
Sämtliche Schneiderei-artikel
Strumpf- u. Wollwaren — Herrenartikel
Handarbeiten
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Die alte Spezialfirma
Wilh. Brackebusch
Gegründet 1897
das richtige Geschäft für
Herren-Wäsche u. Moden

Korn & Zöllner
Brüderstr. 13 Halle a. S. Tel. 23763
Pa. Werkzeuge zur Holzbearbeitung
Eisenwaren, geschnitzte Auflagen auf Möbel, Zierleisten, Portierengarnituren
Lederleim — Kaltleim

Sparkasse -- Kreisbank des Saalkreises
Große Steinstraße Nummer 20 HALLE (SAALE) Fernsprecher 26112 und 26142
Zweigstellen in: Ammendorf, Könnern, Löbejün, Wettin, Niemberg, Bessenlaublingen.
Annahme von Spar- und Giroeinlagen gegen Garantie des Saalkreises und zeitgemäße Verzinsung. **Erledigung aller satzungsmäßigen Bankgeschäfte,** insbesondere: Eröffnung von Kontokorrent- und Depositenkonten, Hergabe von Krediten auf kurz- und langfristiger Basis gegen satzungsgemäße Sicherheit, An- und Verkauf sowie Verwahrung von Wertpapieren, Stellung von Akkreditiven, Ausstellung von Reisekreditbriefen, Vermietung von Schrankfächern usw.
Die Sparkasse und Kreisbank ist dem kommunalen Giroverkehr angeschlossen und somit in der Lage, Ueberweisungen schnell und billig auszuführen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219270126-11/fragment/page=0007

Blatt der Frau.

Luise Zietz.

Zum 5. Todestag der Führerin am 27. Januar.

Wagemutig fand Luise Zietz ihren Führerposten in den vordersten Reihen der proletarischen Kampfesfront. Aus der proletarischen Frauenbewegung wuchs sie als tatkühne Kämpfernatur heraus und übernahm raschen Laufs die Führung im Kampfe der Frauen um politische und soziale Befreiung. Mitten im heißtobenden Kampf überfiel sie der Tod und unterbrach ihren leidenschaftlichen Ansturm auf die noch trotzig drohenden Zwingburgen des Kapitalismus. Trauernd senkten sich am 27. Januar 1922 die Fahnen der kämpfenden Arbeiter über die nun tote Gefährtin im Kampf und Sturm.

Aus einem kleinen, versteckten holsteinischen Dörfchen kam das junge, unscheinbare, aber wissensdurstige Mädchen nach Hamburg, der internationalen Hafenstadt, hungerte sich mühselig als ausgebeutetes Proletariermädel durch, verlebte in ihrem jungen Dasein nur das Lebens freudlose Stunden, und erkämpfte sich schon früh als Leiterin der Hamburger Zahlstelle der Fabrikarbeiterinnen einen verantwortlichen Posten in der Arbeiterbewegung. Ihre neue Tätigkeit wird ihr zu eng, sie sucht in die Weite zu wirken, verläßt Hamburg und die kleine Zahlstelle, übernimmt als Sekretärin des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei in Berlin die Führerstelle für das kämpfende Frauenproletariat.

Aus dem kleinen, unscheinbaren Mädchen aus dem Holsteinischen mit den immer fragenden Augen wurde dann der gefürchtete „Frauenschred", der allen ehrpusseligen und kochtopfgetreuen Frauen von den demagogischen bürgerlichen Politikern als warnendes Menetekel vorgehalten wurde, weil sie, Luise Zietz, von Ort zu Ort eilte, von Versammlung zu Versammlung, von der Rednertribüne, von Stühlen und Tischen herunter flammende Worte in die Schar begeistert zuhörender Frauen warf, aufrüttelte und neue Kämpferinnen warb.

Vergeblich wurden die bürgerlichen die proletarischen Frauen vor dem „Absturz" in die sozialdemokratische Bewegung. Luise Zietz war unermüdlich tätig, um in Wort und Schrift die Proletarierfrauen aufzuklären, sie politisch zu machen und sie einzureihen in die Kampffront der Proletarier. Flugschriften aus ihrer schneidigen Feder drangen bis ins letzte Dorf, brachten den Frauen Aufklärung über Mutter- und Säuglingsschutz, über Kinderschutz und Kinderarbeit, zeigten den Frauen die Arbeit des Reichstags und führten sie ein in den politischen Kampf.

So wuchs unter Führung von Luise Zietz langsam aber stetig die proletarische Frauenbewegung heran. Diese gliederte sich als Kampftruppe in die Sozialdemokratische Partei ein, stets bereit, zu kämpfen und zu siegen!

Auch ein Werk von Luise Zietz!

Danken wir der tapferen Kämpferin, und erinnern wir uns ihrer Worte und Taten, die reifen und Früchte trugen und heute eingebettet liegen in der machtvollen Organisation der proletarischen Frauenbewegung!

Eine geteilte Schauspielerin. Als man den Film „Carmen" mit der Raquel Meller drehte, stieß der Regisseur immer wieder auf den Widerstand der großen Diseuse. Seine Auffassung und die der schönen Spanierin waren diametral entgegengesetzt. Einmal rief der Regisseur verzweifelt aus: „Sie denken immer an die Oper „Carmen", und ich will das Buch von Prosper Mérimée verfilmen." „Gut", meinte Raquel Meller, „dann lassen Sie ihn selbst kommen, und er soll entscheiden, wer von uns beiden recht hat."

Eine starke Zunahme der sozialistischen Frauen ist in letzter Zeit in den Niederlanden zu verzeichnen. Dieser erfreuliche Erfolg ist vor allem das Ergebnis einer Reihe von Werbeveranstaltungen. Am größten ist die Zunahme in Amsterdam, Rotterdam, Gelbern und Südholland.

Ein Frauenschicksal im 18. Jahrhundert.

Von Anna Blos (Stuttgart).

Wir hören heute sooft namentlich Frauen über den Verlust der „guten alten Zeit" klagen. Solche Frauen sind sich gar nicht darüber klar, welche Stellung damals die Frauen eingenommen haben. Sie wissen auch nicht, wie Despotie und tyrannische Willkür eines einzelnen mit Menschenschicksalen umspringen konnte. So manche Menschen, die der Welt noch wertvolle Dienste hätten leisten können, sind damals durch Fürstenabsolutismus wehrlos zugrunde gerichtet worden.

Bekannt ist das Schicksal des berühmten Dichters und Musikers Schubart, der durch ein paar Spottgedichte das Mißfallen des Herzogs Karl Eugen von Württemberg und seiner Geliebten Franziska von Hohenheim erregt hatte und dafür durch eine lange, schwere Haft auf der Festung Hohenasperg büßen mußte, aus der er erst als gebrochener Mann herauskam. Weniger bekannt ist es, daß kurz vorher auch eine Frau auf der gleichen Festung in Haft saß und so schwer leiden mußte, daß sie darüber irrsinnig wurde. Diese Frau war eine in ihrer Zeit weithin berühmte Sängerin Marianne Pirker, die Gattin des österreichischen Violinvirtuosen Franz Pirker. Der Ehe waren drei Töchter entsprossen. Die beiden ältesten blieben in Stuttgart bei ihrer in zweiter Ehe verheirateten Großmutter, weil das Ehepaar Pirker in ganz Europa Konzertreisen unternahm. Es war die Zeit, in der die italienische Gesangskunst als die vollendetste galt. Franz Pirker soll aber selbst die italienischen Opernsterne noch überflügelt haben. Eine Zeitlang hatte sie glänzende Engagements an den Opern von London und Kopenhagen. Da wurde die Stelle einer ersten Sängerin bei der Kirchen- und Kammermusik in Stuttgart frei, und die Eltern bestürmten Marianne, sich um diese Stelle zu bewerben. Sie selbst hatte große Sehnsucht, wieder mit ihren Kindern vereint zu werden. So kam sie zur Vorstellung nach Stuttgart und hatte die größten Erfolge. Sie erhielt ein glänzendes Engagement mit einer Besoldung von 1500 Gulden, und auch ihr Gatte wurde als Konzertmeister, allerdings nur mit einem Jahresgehalt von 400 Gulden, angestellt.

Bis dahin hatte es in Stuttgart keine Oper gegeben. Es ist in der Hauptsache das Verdienst des Ehepaares Pirker, daß das sogenannte „Lusthaus" zur Oper umgewandelt wurde. Das geschah hauptsächlich auf Wunsch der Herzogin Friederike, die Marianne ihre Gunst zugewandt hatte. Neben der Mutter wirkte auch schon die 14jährige Tochter an der Oper mit, die eine schöne Stimme hatte. Auch das jüngste Mädchen, die bis dahin in Bologna erzogene kleine Vittoria, kam nun nach Stuttgart, und die Familie war glücklich in der Vereinigung nach so langer Trennung.

Die Freundschaft zwischen Marianne und der Herzogin hatte jedoch in einem Teil der Hofgesellschaft Neid und Mißgunst erregt. Alles ging gut, solange der Herzog in Frieden mit seiner Frau lebte. Als er sich aber von ihr abwandte und sich in die Reize anderer Frauen verstrickte, nahm Marianne energisch Partei für die betrogene Gattin, mag ihr vielleicht auch von den Seitensprüngen des Herzogs erzählt haben. Daraufhin ließ Karl Eugen kurzerhand das Ehepaar Pirker und einen Friseur Reich, ebenfalls einen Anhänger von Friederike, verhaften und auf die Festung Hohentwiel bringen. Die empörte Fürstin forderte die Freilassung ihrer Freunde, und als sie damit nicht durchdringen konnte, verließ sie den Stuttgarter Hof für immer und kehrte nach ihrer Heimatstadt Bayreuth zurück. Nach anderthalb Monaten wurden die drei Gefangenen bei Nacht auf die Festung Hohenasperg gebracht, und jeder der Arrestanten erhielt ein besonders wohlverwahrtes Zimmer. Sie wurden nie zusammengelassen; niemand erhielt Zutritt zu ihnen, und das Schreiben war ihnen verboten. Sie erhielten anständige Betten und leibliche Verköstigung, ebenso Beleuchtung und Heizung, von Zeit zu Zeit auch neue Wäsche und Kleider, aber sie erfuhren nichts von der Außenwelt, und Marianne blieb ohne jede Nachricht von ihren Kindern. Mochte sie anfangs gehofft haben, daß es sich nur um eine kurze Prüfungszeit handele, so mußte sie bald erkennen, daß die Fürstin nichts für sie tun konnte, und daß der Herzog einen unversöhnlichen Haß auf sie geworfen hatte. Diese entsetzliche Erkenntnis brachte die einst so gefeierte Künstlerin um den Verstand. Schon 1758 wurden ihr Wasserkuren verordnet. Allmählich äußerte sich ihre Geistesstörung in furchtbaren Tobsuchtsanfällen. Es heißt, sie habe in ihrem Zimmer so geschrien, daß eine Stimmbrechung eintrat und ihr herrlicher Sopran zum Alt wurde.

Schließlich ließen die Anfälle nach und die Nervöse lebte in stillem Irrsinn weiter. Der Dichter Huber, der sich als württembergischer Beamter den ungerechten Steuerplänen des Herzogs widersetzt hatte und deshalb ebenfalls auf den Hohenasperg gebracht wurde, hat das Los der unglücklichen Marianne in einem rührenden Gedicht besungen:

In stillem Weh schleicht sie mit leisen Schritten
Im Kerker um.
„Will niemand," seufzt sie, „niemand für mich bitten?"
Dann steht sie stumm.

In den langen Stunden trostloser Einsamkeit begann Marianne Halme aus dem Strohsack ihres Bettes zu ziehen und mit ihren eigenen Haaren zu Blumen zusammenzubinden. Der Kommandant ließ' ihr heimlich Draht und Faden zur Erleichterung ihrer Beschäftigung zustecken. Allmählich entstanden kleine Kunstwerke. Maria Theresia soll solche Blumen erhalten und sich dabei der Sängerin erinnert haben, die einst auch am Wiener Hofe große Triumphe gefeiert hatte. Durch ihre Fürsprache soll endlich die Befreiung der Gefangenen erwirkt worden sein. Nach acht langen, schweren Jahren entschloß sich Herzog Karl Eugen, die Familie Pirker und den Friseur Reich frei zu lassen. Sie mußten schwören, sich nie und an niemand zu rächen, die herzoglichen Lande für immer zu verlassen und keinerlei Verbindung mit der Herzogin zu suchen. Marianne hat diese Zumutung anfangs abgelehnt, da sie sich keiner Beleidigung des Herzogs bewußt sei, schließlich aber auf Zureden ihres Mannes doch den Eid abgelegt.

In Heilbronn traf das Ehepaar endlich seine Kinder wieder. Die älteste war noch Kammervirtuosin. Die zweite hatte den Hofbuchdrucker Cotta geheiratet und ist die Stammutter der bekannten Verlagsfirma geworden. Ein Gesuch Pirkers um eine Pension wurde vom Herzog abgelehnt. Auf dem Gute Eschenau bei Heilbronn hat Marianne in der Stille der friedlichen Natur ihre Geisteskräfte wiedererlangt, aber Schubart berichtet, daß die Erinnerung an das ungerecht erduldete Leid zeitlebens gleich einer disteren Wolke auf ihrer Seele gelegen habe. Eine Zeitlang hat das Ehepaar Pirker noch in Stuttgart sein Leben mit Musikunterricht gefristet. Später ging Marianne wieder zu ihren Freunden nach Eschenau und starb dort 1782 im Alter von 65 Jahren. Das traurige Schicksal dieser Frau, die Tausende mit ihrer Kunst erfreut hat, ist ein typisches Beispiel für die Opfer von Despotenlaunen in der „guten alten Zeit".

Der Maurerstudent.

20] Roman von Erdmann Graeser.

„Wie Sie wollen — soll ich nicht was zum Trinken holen — an der Ecke ist offen."

„Det kann Rolle machen — der muß ja jleich kommen, hat bloß seinen Lux festjebunden. Solange es hell is, braucht bloß eener die Runde zu machen. Un jetz is Richter d'ran. Aber es freut mir, det Sie jekommen sind — veni, vidi, vici! Tatsache. Ick hab viel über Ihnen nachjedacht!"

„Wieso?"

„Det werd' ick Ihnen nachher sagen, wenn wir beede wieder alleene sind . . ."

Rolle kam, eine athletische Erscheinung. „Die Tölen können wir nicht freilassen, solange Sie hier sind! Hätten Sie bloß nich jejen Zaun jeklopft! Richter hat seine ooch festjeleqt."

„Na — denn is jut, und nun fragt es sich, wat wir trinken. Rolle, det kannst du besorjen — du kennst ja unsern Jeschmack! Keen Schnaps — bloß Bier."

Willy steckte ihm einen Taler zu. „So viel, wie es dafür gibt!"

„Det reicht fürs erste — ick jeh los, eh Sie's wieder leid tut."

Und bald darauf kam er mit einem Henkelkorb voller Bierflaschen zurück. „Damit der Taler jrade uffjing, hab ick for den Rest Piejatze jekooft." Er reichte die Zigarren Willy hin, der sie verteilte, während Stickert die Gläser füllte. „Na — denn also uff Ihr Wohl!"

„Prösteln!" sagte auch Rolle.

„Ja — nu kicken Sie sich um — so sieht es Sonntags uff'n Bau aus — 'n bißchen still, wat? Aber so kennen wir die Jejend, anners nich! De draußen amüsieren sich die Leite, wir sitzen hier wie ins Kloster — unse Weiblichkeit ist Zitherlibe — Tatsache!"

„Und womit vertreiben Sie die Langeweile?"

„Et jibt immer wat zu philosophieren! Vorhin haben wir uns drieber unterhalten, ob wir uns beprahen oder verbrennen lassen, wenn wir tot sind. Ick bin for's Verjasen, da geht die Seele jleich in'n Himmel, bloß der Klamank bleibt zurück. Tatsache!"

„Fang' doch nich wieder so an —" sagte Rolle ärgerlich.

„Du bist bloß for Fleischesluft", sagte Stickert, „aber Habakuk, Kapitel zwee, Vers eins heißt es: „Hier stehe ich auf meinen Hut und trete auf meine Weste . . ."

„Also mit's eene Been uff'n Hut, mit's andere uff die Weste, sonst is 's nich möglich. Wat war denn det for ein Hut?"

„Marke Weltwunder — wie deiner!"

Rolle nahm seinen Hut ab und betrachtete ihn. „Wie meiner?"

„Ja — hat keen Futter, kriegt keen Futter und wird doch alle Tage fetter!"

„Verkohl dir alleene", sagte Rolle aufstehend und trank sein Glas leer. „Ick komme wieder — die beeden Bullen da sind noch meine und die da jehören Richtern. Jetzt will ick bei Lux, der jeilt zu sehr!"

Er nickte Willy zu und ging.

„Endlich allein — eene humanistische Unterhaltung is mit dem nich möglich, ihm fehlen die Irundbejriffe, die Syntax — Tatsache!"

Stickert blickte ein Weilchen vor sich hin und rauchte hastig. „Ick habe", sagte er dann — „ick hab Ihnen jebeten, mir mal zu besuchen und ick hab mir jedacht, wenn er kommt, denn is er der, for den ick ihn halte. Und nun sind Sie gekommen und nur möcht ick Ihnen det sagen, wat Ihnen den Besuch nicht bereuen lassen wird. Seben Sie mal, ick hab mir immer jewundert, det die Männer, die sich aus armselje und kleene Verhältnisse ruffjearbeitet haben und wat Jroßet jeworden sind, det die sich ihrer Herkunft immer schämen. Is nich so — Tatsache! Und nu taucheu Sie uff — pfeifen uff Ihre jute Herkunft und reisen zu det Volk herunter — wie reimt sich det zusammen?"

„Was wissen Sie denn von meiner Herkunft?"

„Jroßeltern haben!"

„Ick weeß allerlei — sojar, det Sie 'ne adlige Mama und adlig

„Ich kann mir ja denken, wer da nicht dicht gehalten hat", sagte Willy verdrießlich. „Das schadet mir doch aber nur hier auf dem Bau!"

„Außer mir weeß es keener! Und schaden würde Sie det nich, ins Jejenteil! Aber um so besser, det Sie sich nich mit dicke tun!"

„Aber jetzt wollten Sie mir doch was sagen?"

„Ja — ick habe mir in Ihre Lage versetzt. Kommilitone, und da stimmt wat nich! Sie mauern, aber Sie sind keen Maurer! Solange wie Sie arbeeten und uff'n Bau sind — ja! Nachher nich mehr!"

„Was schadet das?"

Stickert blickte düster vor sich hin. „Ick merke, Sie haben dadrüber nach janich nachjedacht. Aber wenn Sie nu heiraten — wie haben Sie sich denn eijentlich Ihr Eheleben vorjestellt?"

„Wer denkt denn ans Heiraten — jetzt schon?"

Stickert sah ihn mitleidig an. „Da haben wir's ja! In Ihre Kreise — jewiß, da kann so'n junger Mann noch nich ans Heiraten denken, weil er erst in Amt und Würde kommen muß und darum verplempert er sich seine besten Jahre — Tatsache! Bei uns is 's anders. Da heiratet man eben, wenn man een Mächen jerne hat!"

„Daher dann das Elend, wenn Kinder kommen, man arbeitslos wird und das Brot im Hause fehlt!"

Stickert zuckte die Achseln. „Ick wußte ja, det Sie noch nich jes sind von Ihre Schicht — sone Bedenken kennt die echte, wahre Liebe nich!"

„Und warum haben Sie nicht geheiratet?"

„Det wer' ick Ihnen erzählen, wenn Sie mal bei mir kommen, in meine Villa. Da werd' ick det Jeheimnis entschleiern. Aber lassen wir das Heiraten wieder fallen, obschon ick jerne jewußt hätte, wat det für eene Frau sein soll, mit die Sie als Maurer jlücklich werden wollen. Eene aus Ihre Kreise paßt in sone Häuslichkeit nich rin und eene aus unse Kreise kann Sie nich jlücklich machen. So oder so — et wird een Drama, wat mit Mord und Totschlag endigt."

„Oder auch nicht! Es muß ja nicht geheiratet sein!"

„Da sitzen Sie schon in die Falle drin mit dem Entschluß! Denn es is een unnatürlicher Entschluß, weil Ihre janze Veranlagung doch uff den jlücklichen Familienvater jeaicht is, der in seine Kinder kurtieren will — Tatsache!"

„Was Sie alles von mir wissen!"

Stickert antwortete nicht gleich. „Wenn ick —" sagte er nach einem Weilchen — „an Ihre Stelle wäre, denn würde ick reinen Tisch machen und nur ooch een Maurerleben führen. Ick würde mir Stube und Küche nehmen mit een hübsches Mechen uffs Standesamt jehn und den Irundstock zu eene Familie 'ejen. Kinder müssen einen jungen Vater und eine junge Mutter haben!"

„Sollten Sie mir das sagen?" fragte Willy.

„Nee — ick wußte nich, wer mir so'n Uffitrag jejeben hätte. Ick red bloß so, weil ick's jut mit Ihnen meine und det für Sie det Beste wäre. Ick halte Ihnen nämlich für moralisch!"

„Ich denke, das bin ich auch!" Willy sah in das merkwürdige Gesicht dieses Mannes, der ihm zuerst so komisch vorgekommen und für den er plötzlich eine Zuneigung empfand. „Ich will Ihnen mal was sagen — Stickert — ich werde Sie besuchen, wenn Sie Ihren freien Abend haben. Da will ich Ihnen von mir und Sie sollen von sich erzählen. Dann wollen wir ganz offen miteinander sprechen, denn Sie haben ja recht, ich sitze in der Falle mit meiner Zukunft."

„Na — det freut mir", sagte Stickert, „aber ich habe mir jleich jedacht, det Sie's mir nich übel nehmen werden — Tatsache!"

14.

„Ich möchte wissen", sagte die Frau Sanitätsrat, „was du eigentlich davon hast, dich alle Abende in die Kneipe zu setzen und vor Leuten, die bummer sind als du, Bierreden zu halten!"

„Ich halte keine Bierreden!"

„Dann schneidest du auf und erzählst Seeräuber-Geschichten."

„Was kann es Unterhaltenderes geben als Seeräubergeschichten! Ich wünschte, mir erzählte auch mal einer eine Seeräubergeschichte", sagte der Sanitätsrat.

„Und so vertrödelst du deine Zeit, statt dich um die Fortschritte in der Heilkunde zu kümmern."

„Entschuldige, gerade heute abend wollte ich in einen Vortrag, der die Behandlung der Eustachischen Röhre durch Einwirkung auf die Zirbeldrüse betrifft."

„Ich halte das für Zeitverschwendung, mit solchen Krankheiten gehen die Leute zum Spezialisten. Ja — wenn's ein Vortrag über die Influenza wäre!"

„Darüber spricht heute Professor Sauer, aber der Vortrag beginnt schon um sieben. Da müßte ich jetzt gleich aufbrechen." Der Sanitätsrat ließ den Deckel seiner Uhr springen.

„Hast du den Brief von Großmama auch wirklich genau gelesen?"

„So genau wie der Apotheker ein Rezept!"

„Und machst du dir keine Sorgen um den Jungen?"

„Ich kann ja mal hinfahren und sehen, was eigentlich los ist."

„Nein — dabei kommt nichts heraus."

„Dann werde ich den ollen Fittich mal aufsuchen."

„Bloß nicht — der hat den Jungen nur unglücklich gemacht, ihn deklassiert!"

„Na — dann geh ich jetzt rüber und reibe meine Weste mit Benzin ab."

„Nein — ich bitte dich, nicht immer so auf dem Absprung dazustehen. Setz dich aufs Sofa und laß uns . . ."

„Wie einst im Mai!"

„Wie?"

„Mir fiel bloß eben das Lied ein: „Stell auf den Tisch die duftenden Reseden!"

Die Frau Sanitätsrat seufzte tief auf. „Früher hielt ich so was für Humor!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192701 26-11/fragment/page=0008